



Nordrhein-Westfalen – FIT FÜR 2025.

Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel

Kinder

Jugend

Familie

Frauen

Senioren

Generationen

Integration

Internationales

Inhalt

Vorwort

Vorbemerkung 4

1.	Gesellschaftliche Herausforderungen im demografischen Wandel	6
2.	Schwerpunkte für die Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel	10
A	Heimat Nordrhein-Westfalen gestalten	12
	1. Identität bilden, Integration vorantreiben	12
	2. Kultur beleben, kulturelle Zugänge schaffen	14
	3. Kommunen unterstützen, Regionen stärken	15
	4. Wohnen und Leben im Quartier gestalten, Verbleiben ermöglichen	17
B	Neue Sicherheit und Zuversicht geben	19
	5. Aufstieg durch Bildung unterstützen	19
	6. Selbstbestimmtheit im Alter erhalten, Vorsorge ausbauen	21
	7. Gesundheit erhalten, Betreuung professionalisieren	23
	8. Verwaltung optimieren, Personal gewinnen	25
C	Solidarität unterstützen	26
	9. Gleichstellung voranbringen, Vereinbarkeit herstellen	26
	10. Engagement unterstützen, Gemeinsinn stärken	28
	11. Generationengefüge und Familien stärken, Lebensphasen gestalten	29
	12. Entscheidungsfreude wecken, Teilhabe fördern	31
D	Wohlstand bewahren	32
	13. Wirtschaftskraft langfristig stärken, Wirtschaftskrise überwinden	32
	14. Beschäftigung steigern, Innovationen entwickeln	34
	15. Forschung unterstützen, Wissensebenen bilden und binden	36
	16. Ressourcen schonen, Umwelt schützen	37
	17. Verschuldung beenden, Staatseinnahmen sichern	38
3.	FIT FÜR 2025 !	42
	1. Soziale Marktwirtschaft im demografischen Wandel	43
	2. Balance zwischen Wohlfahrtsstaat und Bürgergesellschaft	44
	3. Leben im Quartier	44
	4. „Demografische Rendite“ und Bildungssystem	44



Vorwort

Für Nordrhein-Westfalen ist der demografische Wandel eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Staatliche und gesellschaftliche Aufgaben sind unter diesen Bedingungen neu zu gestalten und auszubalancieren. Es wird darauf ankommen, die neuen Potenziale und Chancen zu erschließen und nachhaltig zu nutzen, die sich in einer schrumpfenden, alternden und zunehmend multi-ethnischen Gesellschaft ergeben.

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen hat als federführendes Ressort für die Generationen- und Gesellschaftspolitik im Auftrag des Landeskabinetts zusammen mit allen Ministerien ein Programm erarbeitet, welches die zentralen Schwerpunkte der Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel aufgreift. Dabei sind wir einen neuen Weg gegangen: das Gesamtprogramm ist im Querschnitt zu traditionellen Zuständigkeiten und Ressortzuschnitten für die heutigen und zukünftigen Generationen im Land erarbeitet worden.

Die Landesregierung ist damit auf dem richtigen Weg. In dem Gesamtprogramm „Nordrhein-Westfalen – FIT FÜR 2025. Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel“ sind die notwendigen Schritte zur Gestaltung einer Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel aufgeführt. Sie werden maßgeblich dazu beitragen, für alle Menschen hier im Land eine Heimat Nordrhein-Westfalen zu gestalten, neue Sicherheit und Zuversicht zu geben, Solidarität zu unterstützen und unseren Wohlstand zu bewahren.

Nun geht es darum, dieses Programm in Regierungshandeln umzusetzen, damit Nordrhein-Westfalen fit wird für das Jahr 2025.

A handwritten signature in black ink, reading 'Armin Laschet'.

Armin Laschet

Minister für Generationen, Familie, Frauen
und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



Vorbemerkung

Der demografische Wandel, d. h. niedrige Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung und ein wachsender Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bedeuten für Nordrhein-Westfalen weitreichende Veränderungen in allen gesellschaftlichen Teilbereichen. Sie betreffen das Leben des Einzelnen, das Zusammenleben in den Familien und in den Gemeinschaften sowie das Handeln des Staates nachhaltig. Durch die aktuellen Entwicklungen infolge der globalen Finanzmarkt- und Vertrauenskrise, die die Realwirtschaft Deutschlands und Nordrhein-Westfalens mit großer Wucht treffen, sind die Auswirkungen des demografischen Wandels für Wirtschaft und Gesellschaft in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund getreten. Sie bleiben aber Herausforderung und Chance, denn gerade in der aktuellen Krise dürfen die langfristigen, demografischen Entwicklungstrends in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen nicht aus dem Auge verloren werden.

FIT FÜR 2025 – Es geht darum Nordrhein-Westfalen strukturell, mental und mit Blick auf die Anforderungen an politisches Handeln auf die absehbaren Veränderungen vorzubereiten. Die Komplexität der Thematik mit vielfältigen Ursachen und Auswirkungen fordert die Einbindung aller Handlungs- und Entscheidungsebenen. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen begreift diese Herausforderung deshalb als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Zudem ist klar, dass die Politik eine weitergehende Aufgabe hat. Sie braucht die Beteiligung und das Miteinander der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, um eine neue Balance zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Institutionen und Bürgern zu sichern.

Seit dem Regierungsantritt im Jahr 2005 wurden zahlreiche Projekte und Initiativen angestoßen, um die mit dem demografischen Wandel verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse aktiv zu gestalten und damit für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Politik im demografischen Wandel zu arbeiten. Dazu gehören u. a.:

- die Entwicklung einer neuen Solidarität zwischen den Generationen,
- der Ausbau der Bürgergesellschaft und des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger,
- die Stärkung der Regionen und Kommunen für eine langfristige Zukunftssicherung,
- die Förderung von Produktivität und Innovationskraft zur Erwirtschaftung des gesellschaftlichen Wohlstandes,
- die Ausrichtung unserer Bildungsstrukturen auf ein System lebensbegleitender Kompetenzentwicklung von Anfang an,
- der Rück- und Umbau von Stadtteilen und Wohnquartieren – bedarfsgerecht für die alternde Gesellschaft – sowie der Umbau/Ersatzneubau zur Schaffung von altengerechten Wohnungen.

Die vom Ministerpräsidenten eingesetzte Zukunftskommission „Nordrhein-Westfalen 2025“ hat am 20. April 2009 den Bericht „Innovation und Solidarität“ des Vorsitzenden der Kommission, Lord Ralf Dahrendorf, mit den Schwerpunkten Bildung, Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaftspolitik vorgelegt. Hierzu gehören die Themenfelder:

- Förderung der frühkindlichen Bildung,
- Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte,
- Verbesserung der Chancen für Benachteiligte,
- Notwendigkeit von Bildung über den gesamten Lebensweg hinweg,
- Ausrichtung des zukünftigen Wachstums der Wirtschaft,
- Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

In allen Bereichen zielt der Bericht des Vorsitzenden der Zukunftskommission darauf, Wegweiser für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung aufzustellen, die die Politik inspirieren sollen, ohne dabei politische Entscheidungsprozesse vorwegzunehmen.

Die vom Landeskabinett beauftragte Interministerielle Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ hat in der Federführung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration die gesellschaftlichen Herausforderungen und die notwendigen Schritte zur Umsetzung in Regierungshandeln im Bericht „Nordrhein-Westfalen – FIT FÜR 2025. Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel“ beschrieben.

„Nordrhein-Westfalen – FIT FÜR 2025 – Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel“ steht unter der Prämisse, die spezifischen nordrhein-westfälischen Perspektiven und Möglichkeiten umsetzungsorientiert darzustellen. Ausgehend von zentralen Leitzielen werden wesentliche Handlungsfelder der Landesregierung definiert. Es geht um die rechtzeitige Orientierung für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel, die Grundlagen schafft und Weichen dafür stellt, wie die Menschen in Zukunft leben, arbeiten und wirtschaften werden. Dabei haben die von der Zukunftskommission „Nordrhein-Westfalen 2025“ dargestellten Themen großes Gewicht und werden in die weitere Umsetzung systematisch einbezogen.



1. Gesellschaftliche Herausforderungen im demografischen Wandel

Der Wandel ist die Konstante unserer Zeit. So wie die Welt sich ständig verändert, wird auch Nordrhein-Westfalen sich ständig wandeln. Neben der Globalisierung, insbesondere bei der gegenwärtigen Krise der Finanzmärkte und ihren negativen realwirtschaftlichen Folgen, dem Klimawandel, dem Zusammenwachsen der Volkswirtschaften in Europa, den auch daraus resultierenden sozialstrukturellen Veränderungen und dem Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft sind es vor allem die absehbaren demografischen Entwicklungen, die unsere Gesellschaft spürbar verändern werden. Wie in vielen westlichen Ländern wird sich auch in Deutschland der demografische Wandel auf das Leben des Einzelnen, auf die Familien, die Gemeinschaften und auf das Handeln des Staates auswirken. Auch Nordrhein-Westfalen bekommt ein anderes Gesicht.

Die aktuellen Trends der Bevölkerungsentwicklung können mit den Begriffen weniger, älter und vielfältiger charakterisiert werden:

- **Weniger:** In Nordrhein-Westfalen leben heute rd. 18 Mio. Menschen. Die Prognosen gehen für das Jahr 2025 von etwa 17,5 Millionen, für 2050 von voraussichtlich nur noch 15,9 Millionen Einwohnern aus. Weniger erwerbstätige Menschen werden mehr Nichterwerbstätige finanzieren und den gesellschaftlichen Wohlstand erwirtschaften müssen. Das heißt: Produktivität und Innovationskraft müssen steigen, damit die Erwerbstätigen die Nichterwerbstätigen ohne Wohlstandsverlust finanzieren können.

- **Älter:** Neben dem Einwohnerrückgang wird auch in Nordrhein-Westfalen eine erhebliche Altersstrukturverschiebung erwartet. Deren Ursachen liegen in anhaltend niedrigen Geburtenzahlen und einer steigenden durchschnittlichen Lebenserwartung der Bevölkerung. Der Anteil der unter 20-jährigen an der Gesamtbevölkerung wird im Jahr 2025 nur noch 17,1% betragen. Dagegen wird der Anteil der Personen im Alter von 60 und mehr Jahren bis 2025 auf 32,4% ansteigen. Damit wäre ihr Anteil im Vergleich zur jungen Bevölkerung fast doppelt so hoch.
- **Vielfältiger:** Heute schon haben annähernd ein Viertel aller Menschen in Nordrhein-Westfalen familiäre Wurzeln in anderen Ländern und Kulturen. Es ist zu erwarten, dass in den großen Städten bereits in naher Zukunft die Hälfte der jungen Menschen eine Zuwanderungsgeschichte haben wird. Auch die individuellen Lebensstile verändern sich nachhaltig und werden sehr verschieden.

Diese Trends gelten für ganz Nordrhein-Westfalen, obgleich sie sich regional ganz unterschiedlich zeigen werden. Es werden Kommunen oder Ortsteile weiter wachsen, während viele andere schrumpfen. Für das Rheinland und seine städtischen Ballungsräume werden bis zur Mitte des Jahrhunderts Bevölkerungszuwächse erwartet. Im Gegensatz dazu gehen im Ruhrgebiet und in den ländlichen Gebieten Westfalens bereits in den nächsten 20 Jahren die Zahlen stark zurück.





Diese demografischen Fakten sind die Rahmenbedingungen für das Jahr 2025 – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Es geht darum, den Weg in die Zukunft aktiv zu gestalten – das ist der Anspruch an die Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat in mehreren Regierungserklärungen den Zusammenhalt der Generationen und die Zukunft unserer Gesellschaft im demografischen Wandel als Herausforderungen charakterisiert, die „uns und unser Land verändern, wie wir es noch nicht erlebt haben“.

Politik braucht gemeinsame Überzeugungen und Leitziele für den Weg in die Zukunft, die nicht nach Ressort-Grenzen geordnet werden können. Dabei sind mit der Zukunft nicht nur Wünsche und Hoffnungen, sondern auch Sorgen und Ängste der Menschen verbunden. Viele Menschen fühlen sich eher von Abstiegsängsten bedroht, als dass sie Aufstiegsmöglichkeiten sehen. Die Krise der Finanzmärkte und ihre negativen realwirtschaftlichen Folgen führen gerade in Zeiten der Globalisierung zu Verunsicherungen.

Der demografische Wandel macht einen Verständigungsprozess über Grundfragen des Zusammenlebens notwendig. Die Integration von Menschen aus verschiedenen Kulturen ist ein Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, in der Zuwanderung weitaus stärker als bisher als Chance wahrgenommen werden muss. Ebenso hat die Frage, wie in einer alternden – präziser gesagt in einer weniger jungen – Gesellschaft das Miteinander der Generationen gelingen kann, Schlüsselcharakter. Die Institution Familie spielt dabei eine ganz entscheidende Rolle. Was sich heute als gesellschaftlicher Umbruch bemerkbar macht und z. B. die Frage nach dem Verhältnis von öffentlicher Daseinsvorsorge und individueller Verantwortung aufwirft, ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels von individuellen Entscheidungen, veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Politik. Der demografische Wandel erzwingt schon aus finanziellen Gründen eine Reform der Sozialsysteme, die sich allerdings an den veränderten gesellschaftlichen Lebensformen und individuellen Lebensentwürfen orientieren muss.

Gerade diese veränderten gesellschaftlichen Lebensformen und -entwürfe sind Kennzeichen einer pluralen Gesellschaft und Teil der verfassungsmäßig garantierten Freiheiten in einer Demokratie. Die starke Ausdifferenzierung der Lebensweisen kann allerdings zur Verunsicherung und zum Rückzug aus dem Gemeinwesen führen. Deshalb muss unsere demokratische Gesellschaft mehr denn je den offenen und konstruktiven Diskurs über Möglichkeiten, Risiken und zu erwartende Folgen veränderter Lebensweisen im gesellschaftlichen Wandel bieten. Dabei spielen Fragen danach eine Rolle, vor welchen Risiken der Staat schützen kann, welche Unterstützung in der Gesellschaft gemeinschaftlich organisiert werden kann, welche Verantwortung bei jeder und jedem Einzelnen verbleiben muss und wie Chancengerechtigkeit zu verwirklichen ist.

Die Landespolitik ist nicht alleine Träger dieser Aufgabe. Deshalb ist eine neue Balance zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Institutionen und Bürgern erforderlich, damit ein Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Schichten und Gruppen verhindert werden kann. Dabei geht es um rechtzeitige Orientierung für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel, die Grundlagen schafft und Weichen dafür stellt, wie die Menschen in unserem Land in Zukunft leben, arbeiten und wirtschaften werden. Von zentraler Bedeutung sind die Lebensbedingungen und die Entscheidungen der in unserem Land lebenden Frauen, sei es unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Entscheidung für Kinder, ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, ihres Potenzials als qualifizierte Fach- und Führungskräfte sowie ihrer zahlenmäßig besonderen Repräsentanz in der Gruppe der Älteren und Hochbetagten.

Es muss gelingen, die Potenziale und Möglichkeiten, die aus den demografischen Entwicklungen erwachsen, zu erkennen und zu nutzen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat sich entschlossen auf diesen Weg gemacht.





2. Schwerpunkte für die Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel

Die demografischen Entwicklungstrends und die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse bilden den Rahmen der aktiven Gestaltung einer Gesellschaftspolitik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Es gilt, den vorgegebenen Rahmen nachhaltig auszufüllen. Dies erfordert Anpassungen und Innovationen in allen Politikfeldern. Nordrhein-Westfalen hat ein gutes Fundament für eine nachhaltige Gestaltung der Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Hier nur einige Beispiele dafür:

- Die bundesweit höchste Quote von Hochschulzugangsberechtigten und ein überdurchschnittlicher Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Berufen machen aus Nordrhein-Westfalen eine Talentschmiede.
- Fast ein Drittel der größten 500 Unternehmen in Deutschland hat seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen – mehr als in allen anderen Bundesländern.
- Toleranz und Lebensqualität haben in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert. Dazu gehört das solidarische Miteinander der Generationen. Der Generationensurvey Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2007 zeigt, dass die Generationen nicht nebeneinander, sondern vor allem miteinander leben. Besonders die Lebenserfahrung der älteren Generation wird von der nordrhein-westfälischen Bevölkerung hoch geschätzt. 60 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass ältere Bürger der jungen Generation einen gesellschaftlich hilfreichen Erfahrungsschatz übermitteln können, der in Schule und Kindergarten nicht erschlossen werden kann.
- Jeder Dritte in Nordrhein-Westfalen engagiert sich ehrenamtlich oder hat freiwillig Aufgaben in einem Verein, Verband, Kirche oder einer anderen Organisation übernommen. Dies ist Ausdruck von Zusammenhalt und Engagement der nordrhein-westfälischen Bevölkerung.



- Internationale Organisationen sind hier überdurchschnittlich vertreten.
- Eng vernetzt und eng verbunden mit drei europäische Nachbarn ist Nordrhein-Westfalen eine selbstbewusste europäische Region und die größte Metropolregion in Deutschland.

Die große Herausforderung besteht darin, auf die umfassenden Querschnittsaufgaben mit einer wirksamen Po-

litik zu antworten, die nur ressortübergreifend angelegt sein kann. Dazu sind vier Leitziele definiert worden, die diesen Querschnittsgedanken aufgreifen und gleichzeitig auf die Schwerpunkte der Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel verweisen:

■ Heimat Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist Heimat für 18 Millionen Menschen. Auch hier werden Flexibilität und Mobilität das Leben in Zukunft noch stärker bestimmen. Umso wichtiger werden Orte, in denen sich die Menschen angenommen fühlen und an denen das Bewusstsein für die Zugehörigkeit zu einer offenen und engagierten Bürgergesellschaft wächst. Dabei geht es um den konkreten Raum, das Quartier, in dem das Leben in all seinen sozialen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Facetten stattfindet. Dies beinhaltet auch die Integration der Menschen, die aus verschiedenen Ländern und Kulturen zu uns gekommen sind. Gerade auch ihnen will Nordrhein-Westfalen eine Heimat sein.

■ Neue Sicherheit und Zuversicht

In den Zukunftserwartungen schwingen gerade in Zeiten von Krisen oft Sorgen und Ängste mit. Deswegen ist es wichtig, dass für alle Menschen Aufstiegschancen und Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind. Weil Altbewährtes immer weniger zu tragen scheint, brauchen die Menschen eine neue Zuversicht. Sie muss Garant für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, für Engagement, Lebensqualität und Wohlbefinden werden. Dazu gehört die Förderung von Selbstbestimmung und Wahrnehmung von Selbstverantwortung ohne Gefährdung bis ins hohe Alter. Die Schlüsselqualifikationen dazu werden in der Familie, im sozialen Umfeld, aber immer stärker auch im Bildungssystem gelegt. Die Förderung der

Talente und Kompetenzen ist das wichtigste Potential, um die Menschen auf die Zukunft vorzubereiten, um ihnen Sicherheit und Zuversicht zu geben. Bildung und lebensbegleitende Kompetenzentwicklung sind dabei die entscheidenden Ressourcen für die Zukunftsfähigkeit einer modernen Gesellschaft. Dazu ist es auch wichtig, dass alle Mitglieder der Gesellschaft einbezogen werden und ihre Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht wird.



■ Solidarität

Der Wandel erfasst jede und jeden, er kann aber nur in solidarischem und respektvollem Miteinander gelingen. Gelebte Solidarität ist das Bindeglied zwischen allen hier lebenden Menschen. Sie stärkt den Zusammenhalt und das Funktionieren von Gemeinschaft und Gesellschaft. Es ist dabei notwendig, das Verhältnis von Staat und Bürgerschaft neu auszutazieren. Individuelle und gemeinschaftliche Interessen sind in Einklang zu bringen. Damit ist zu klären, was zum Kernbestand öffentlicher Daseinsvorsorge und -fürsorge gehören muss, und was die Bürgerinnen und Bürger in eigenverantwortlicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit leisten können und wollen. Dies gilt für alle Generationen. Zudem muss ein ausgewogenes Bewusstsein für Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Generationen in unserer alternden Gesellschaft erreicht werden, in der sich alle Altersgruppen, Lebensformen und Lebensräume wiederfinden.

■ Wohlstand

Um die allgemeinen Lebensbedingungen und die Zufriedenheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und zu steigern, benötigen wir Wohlstand als gesellschaftliches Kapital. Dabei ist das erreichte Wohlstandsniveau keine garantierte Größe. Es muss im Gegenteil ständig neu erarbeitet und erwirtschaftet werden. Dies erfordert künftig eine erneuerte Balance zwischen Wirtschaft und Staat. Die Anforderungen an die Soziale Marktwirtschaft werden steigen. Die Balance der Grundwerte aus Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit muss immer wieder neu austariert werden. Gerade die gegenwärtige Wirtschaftskrise und ihre Begleiterscheinungen machen das unausweichlich. Gleichzeitig ist zu klären, welche individuellen Kompetenzen für den Erhalt und die Verbesserung des Wohlstandes erschlossen und gefördert werden müssen und welche gesellschaftlichen Kräfte zu beteiligen sind. Dazu gehört auch, die Potenziale noch besser zu nutzen, die eine alternde und zunehmend heterogene Gesellschaft bieten.

Diese vier Leitziele markieren den Ausgangspunkt und weisen zugleich auf die Schwerpunkte der anstehenden Arbeit. Die nachfolgenden inhaltlichen Handlungsfelder

konkretisieren die strategische Grundausrichtung eines Gesamtprogramms zur aktiven Gestaltung einer Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel. Leitziele und Handlungsfelder bedingen sich und stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Entscheidend sind die sich daraus ableitenden inhaltlichen Kernthemen, die die Landesregierung gemeinsam angehen wird und die das Ziel haben, aktiv eine Gesellschaftspolitik für das Leben, Arbeiten und Wirtschaften im Jahr 2025 zu gestalten.

A Heimat Nordrhein-Westfalen gestalten

1. Identität bilden, Integration vorantreiben

In Zeiten von Globalisierung und flexibler Lebensbezüge gewinnt eine personale, soziale und regionale Identität zunehmende Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das gilt insbesondere in Nordrhein-Westfalen als dem bevölkerungsreichsten Bundesland, das sich seit seinem Bestehen in der Vielfalt seiner Landschaften und Kulturen zur Heimat für rd. 18 Mio. Menschen entwickelt hat. Nordrhein-Westfalen ist wie kein anderes Bundesland von Zuwanderung geprägt. Hier leben Menschen mit familiären Wurzeln in mehr als 180 Ländern der Erde. Die Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist zentral für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Gemeinschaft in der Vielfalt der Bevölkerung setzt die Anerkennung der Zugehörigkeit derjenigen voraus, deren Familien noch nicht lange in Nordrhein-Westfalen ihren Lebensmittelpunkt haben. Dazu gehört auch der Respekt vor Sprache, Kultur und Lebensformen derjenigen, die bereits seit Generationen hier beheimatet sind. Grundlage des Zusammenlebens ist das Grundgesetz mit den Grundrechten, die nicht verhandelbar sind. Menschen, die nach Nordrhein-Westfalen einwandern, müssen sich hier so schnell und umfassend wie möglich zurechtfinden, Deutsch lernen und die Werte- und Rechtsordnung kennen lernen. Zur Verbesserung der Situation der bereits lange hier Lebenden, die aber noch Schwierigkeiten bei der gesellschaftlichen Teilhabe haben, bedarf es einer nachholenden Integrationspolitik, die fordert und fördert. Kinder aus Zuwandererfamilien müssen



gerechte Chancen auf Erfolg in Schule, Ausbildung und Beschäftigung haben. Wir benötigen eine Kultur gegenseitiger Anerkennung, damit Land, Regionen und Kommunen mehr als nur Lebensräume, sondern Heimat für alle sein können. Nordrhein-Westfalen muss ein Aufsteigerland werden, in dem jeder unabhängig von der Herkunft seiner Eltern den sozialen Aufstieg schaffen kann.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Der Aktionsplan Integration „Nordrhein-Westfalen – Land der neuen Integrationschancen“ ist Programm und Handlungskonzept einer Integration, die als Querschnittsaufgabe alle landespolitischen Handlungsfelder einbezieht. Mit dem bundesweit ersten Integrationsbericht hat die Landesregierung im Jahr 2008 mit einem Integrations-Monitoring begonnen, das Erfolge und Herausforderungen laufend erfassen wird, um die Grundlagen für weitere Entscheidungen zu geben.
- Als einziges Land hat Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege die frühere Sozialberatung für Ausländer zu Integrationsagenturen weiter entwickelt.
- Die Landesregierung weitet die Zusammenarbeit mit den Organisationen von Zugewanderten kontinuierlich aus. Dies gilt auch für eine verlässliche Zusammenarbeit mit den Organisationen der Muslime. Die Eröffnung der Merkez-Moschee und die öffentliche, vom Ministerium für Bauen und Verkehr geförderte Begegnungsstätte innerhalb des Moschee-Gebäudes in Duisburg-Marxloh beweist, dass Nordrhein-Westfalen mit dem hier gepflegten Dialog auf einem guten Weg ist. Dieser Dialog ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Ausbildung von Lehrkräften für Islamkunde, mit der an der Universität Münster begonnen wurde.
- Identitätsbildung und Integration müssen in den Familien beginnen. Deshalb hat Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland in Deutschland Familienzentren eingerichtet, um Eltern und Kindern niedrigschwellige, ganzheitliche Hilfen in den Kindertagesstätten anzubieten. Durch Bildung, Beratung und Betreuung wird eine umfassende Familienförderung gewährleistet, die Eltern passgenaue Unterstützung im Stadtteil anbietet, den Nachwuchs so früh wie möglich fördert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärkt. Seit Beginn des Kindergartenjahres 2009/2010 erhalten rund 1.750 Familienzentren eine Förderung durch das Land.
- Nordrhein-Westfalen hat als erstes Land mit dem neuen Schulgesetz die frühe Sprachförderung von Kindern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte verankert.
- Die Landesregierung hat die 27 Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) zu einem Netzwerk „Integration durch Bildung“ weiterentwickelt. So kann jede Kommune von der interkulturellen Fachkompetenz dieser landesgeförderten Einrichtungen profitieren. Zudem unterstützt das Land die Kommunen mit dem Programm „Komm In Nordrhein-Westfalen – Innovationen in der Kommunalen Integrationsarbeit“, um leistungsfähige Strukturen zur Verbesserung der Integration vor Ort zu schaffen.
- Das landesweite Elternnetzwerk NRW, in dem sich Eltern mit Zuwanderungsgeschichte gemeinsam für mehr Bildung engagieren, wird weiter ausgebaut und mit anderen Institutionen vernetzt. Im Rahmen des Projekts Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte engagieren sich inzwischen über 250 Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte aus allen Schulformen und Landesteilen im Netzwerk „Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte“. Sie machen als Bildungsbotschafter Werbung für den Lehrerberuf und erhalten selbst systematische Qualifizierungsangebote.
- Bundesweit einmalig ist die kulturpolitische Befassung mit dem Themenfeld „Kultur und Integration“. Die Kulturabteilung der Staatskanzlei hat für die Interkulturelle Kulturarbeit ein eigenes Referat eingerichtet, das sich im Fokus der Kunst und Kultur dem Dialog der Kulturen widmet.
- Zur Bildung einer gemeinsamen Identität in diesem Land und seinen Regionen tragen die seit 2005 jährlich stattfindenden Nordrhein-Westfalen-Tage bei, die ein stark besuchtes Schaufenster der Aktivitäten unserer Bürgerinnen und Bürger in selbstbewussten Regionen geworden sind.



- Stadtentwicklungspolitik muss verhindern, dass in Stadtteilen Parallelgesellschaften entstehen oder sich verfestigen. Kommunale Konzepte werden durch Fördermittel des ressortübergreifenden Erneuerungsprogramms „Soziale Stadt NRW“ unterstützt. Das Programm zielt darauf ab, schwierige Stadtteile zu stabilisieren. Dafür ist vor allem die Eigenverantwortlichkeit von Bewohnern, Vereinen und Organisationen vor Ort zu stärken. Ziel ist es, die Menschen zu befähigen, das Stadtteilleben selbst aktiv zu gestalten. Allein im Jahr 2009 stehen für 57 Stadtteilprojekte 76 Mio. € zur Verfügung.
- Im Programm „Stadtumbau West“ fließen im Programmjahr 2009 rund 88 Mio. € Stadterneuerungsmittel für 70 Maßnahmen. Sie sollen dem drohenden Funktions- und Attraktivitätsverlust der Städte in dem schwindenden Wohnwert ganzer Quartiere entgegenwirken. Die Anliegen von Wohnungs- und Städtebau werden verzahnt und privates Kapital für die notwendigen Aufwertungen und Umstrukturierungen aktiviert.

Unsere Gesellschaft wird zukünftig von der Vielfalt der Herkünfte, Ethnien und Religionen geprägt sein, deren gemeinsame Identität als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu sichern und zu fördern ist. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Die Landesregierung wird den Ausbau der Familienzentren weiter fördern. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2012 3.000 Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen zu Familienzentren auszubauen.
- Qualifizierung der Bediensteten in den Organisationen und die Erschließung des Öffentlichen Dienstes für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wird die interkulturelle Öffnung voranbringen.
- Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bedarf der institutionellen Öffnung von Einrichtungen, Verwaltungen etc. Die Vertretungen von Zugewanderten sind als Partner der Gestaltung und Verankerung der Integrationspolitik zu beteiligen.
- Diskriminierungen von Kindern, Frauen und Männern aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Muttersprache, Weltanschauung, Behinderung

und sexueller Orientierung werden nicht toleriert. Das gilt für die einheimischen und für die zugewanderten Menschen. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung sind weiter mit größtem Nachdruck zu bekämpfen. Dies ist auch eine besondere Aufgabe der Schulen und der politischen Bildung.

2. Kultur beleben, kulturelle Zugänge schaffen

Kultur und Kunst sind Bestandteile und zugleich Spiegelbilder der Gesellschaft. Sie tragen dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Integration zu befördern. Mit den demografischen und soziostrukturellen Veränderungen wandeln sich Angebot und Nachfrage nach Kunst und Kultur. Darauf werden sich alle Kunst- und Kulturinstitutionen einstellen müssen. Eigenständige praktische kulturelle Erfahrungen tragen gerade bei Kindern und Jugendlichen zur Bildung einer kulturellen Identität und Persönlichkeitsentwicklung bei. Mit der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung verändern sich nicht allein die Grundlagen für den Erwerb kultureller Kompetenzen, sondern auch die Bedeutung des Kompetenzerwerbs für die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Generationenbeziehungen.

In Zukunft wird es für den gesamten Kulturbereich darauf ankommen, neue Zielgruppen wahrzunehmen und alte neu zu sehen. Die fortschreitende Alterung der Gesellschaft wird voraussichtlich die kulturelle Nachfrage hin zur Gruppe der älteren Menschen verschieben. Die quantitative Bedeutung junger Menschen als Zielgruppe wird tendenziell zurückgehen. Gleichzeitig werden aber der interkulturelle Aspekt und das Verständnis für andere Kulturen bei Kindern und Jugendlichen an Bedeutung gewinnen. Mit einem wachsenden Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an der Gesamtbevölkerung steigt ihre Bedeutung als Anbieter und Nachfrager von Kunst und Kultur. Die Teilhabe und Integration aller gesellschaftlichen Gruppen ins kulturelle Leben stellt daher eine besondere Herausforderung, aber auch Chance für eine gemeinsame Identität in unserem Land dar. Das gilt für die Kulturplanung in den urbanen Zentren genauso wie in den ländlichen Regionen.



Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Kulturträger werden bei der Entwicklung von „Kommunalen Handlungskonzepten Interkultur“ unterstützt.
- Neue empirische Grundlagen zur kulturpolitischen Gestaltung der Themen „Kultur und Alter“ und „Interkultur“ werden erhoben. Hierzu zählt auch die Beteiligung des Landes an der erstmalig durchgeführten Sinus-Studie „Migranten-Milieus – Qualitative und quantitative Untersuchung der Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ mit einem Sonderforschungsteil zu Kunst- und Kultur-erwartungen.
- Mit der umfassenden Förderung kultureller Jugend- und Bildungsarbeit über den Kinder- und Jugendförderplan ist es gelungen, den kulturellen Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen immer wieder an die sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen. Der im Sommer 2008 von der Landesregierung mit den landeszentralen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit geschlossene Pakt mit der Jugend ergänzt dies mit seinem Schwerpunkt Bildung vorbildlich.
- Mit den Programmen „Jedem Kind ein Instrument“ und „Kultur und Schule“ erhält die kulturelle Bildung in den Schulen des Landes eine neue Bedeutung.
- Die Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit“ koordiniert und unterstützt Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und kulturpädagogische Fachkräfte.
- Interkulturelle und generationenspezifische Konzepte in der kommunalen Kulturentwicklungsplanung und bei der interkommunalen Zusammenarbeit sind zu schaffen. Dabei sind Entwicklungspotentiale, die in der zielgruppenspezifischen Ausrichtung der Angebote im Betrieb von Opernhäusern und Theatern, Bibliotheken, Chören und Musikschulen, bei Künstlern und Kulturschaffenden liegen, verstärkt zu fördern.
- Innovative Formen der Kulturförderung durch partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft sollen angeregt werden.
- Die Festigung und Förderung bürgerschaftlichen und freiwilligen Engagements wird auch im Kulturbereich eine zentrale Aufgabe sein. Sie wird dazu beitragen, die kulturellen Institutionen zu erhalten, sowie die kulturelle Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen auszubauen.
- Mit den Trägern der kulturellen Jugendarbeit wird der fachliche Dialog weiter intensiv geführt, um sicherzustellen, dass die Strukturen und Angebote an den sich verändernden Bedingungen ausgerichtet werden. Hierzu werden auch die im Kinder- und Jugendförderplan des Landes genannten Instrumente wie z. B. Wirksamkeitsdialog und Zielvereinbarung genutzt.
- Zu einer lebendigen Kultur in unserem Land gehören Spitzenleistungen und zentrale Institutionen mit Welt-ruf ebenso wie eine breite Kunst- und Kulturszene von engagierten Laien.

Die kulturellen Interessen und Bedürfnisse in unserer pluralistischen Gesellschaft sind ausgesprochen heterogen. Kulturarbeit als Bindeglied zwischen den Generationen wird zukünftig neue Anforderungen stellen. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Neue Methoden der Publikumsgewinnung und -bindung und die Motivierung von Kunst- und Kulturschaffenden sind zu entwickeln, um den spezifischen Bedürfnissen einer neu zusammengesetzten Kulturklientel zu entsprechen.

3. Kommunen unterstützen, Regionen stärken

Die unterschiedlichen Stärken und Identitäten seiner Regionen machen Nordrhein-Westfalen unverwechselbar in ganz Europa. Die Entwicklung des Landes kann nur in einer starken Kooperation mit den regionalen und kommunalen Akteuren vor Ort vorangebracht werden. Die örtliche Ebene hat eine besonders starke Bedeutung auch für jeden einzelnen. Menschen bleiben nur an einem Ort, wenn sie dort eine für ihre Lebenssituation angemessene Grundlage, Geborgenheit und Heimat finden. Die meisten gemeinschaftlichen Anliegen, seien sie sozialer, wirtschaftlicher oder kultureller Natur, finden ihre Resonanz auf kommunaler Ebene. Deshalb müssen



die vorhandenen Rahmenbedingungen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Die Unterstützung der Kommunen dabei ist ein zentrales Anliegen des Landes.

Die demografischen Herausforderungen werden in den Regionen und Kommunen in ganz unterschiedlichen Bereichen wirken. So müssen unter anderem die Siedlungsentwicklung, die Bildungs- und Sportinfrastruktur, die technische Infrastruktur, die Systeme zur Sicherung der Mobilität und ein adäquates Angebot an Dienstleistungen bedarfsgerecht angepasst werden. Diese Aufgaben stellen sich besonders für den ländlichen Raum. Das belegt exemplarisch die zunehmende Schwierigkeit bei der medizinischen Versorgung gerade mit Hausärzten oder mit Waren des täglichen Bedarfs. Eine besondere Chance zur Lösung liegt in einer starken regionalen Kooperation und Vernetzung auf allen Bereichen. Die Vielfalt der Kommunen und Regionen ist Stärke, aber auch Herausforderung. Je nach den ökonomischen Bedingungen und kommunalen Entscheidungen entwickeln sich die örtliche Struktur und die Angebote an die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlich. Das Land wird auch weiterhin auf die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung und der zunehmenden regionalen Kooperation vertrauen, zugleich aber Anreize und Ausgleichssysteme für eine stetige Verbesserung der kommunalen Leistungen bereitstellen. Die Landesregierung stellt sich der Aufgabe, die bestehenden fachpolitischen Zielsetzungen mit Blick auf 2025 zu überprüfen und die entsprechenden Förderprogramme im Hinblick auf neue Problemlösungsstrategien weiterzuentwickeln.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Die Stadterneuerungspolitik konzentriert sich auf die integrierte Entwicklung von Quartieren, die für die zukunftsfähige Stabilisierung und Weiterentwicklung von besonderer Bedeutung sind. Es handelt es sich schwerpunktmäßig um Stadt- und Stadtteilzentren, die eine herausragende Rolle in der Versorgung und Dienstleistung spielen und um Stadtquartiere, die über ihre Bedeutung als Wohnstandorte hinaus Integrations-, Bildungs- und Beteiligungsaufgaben haben. Die Sicherung der Nahversorgung, die Auslastung der öffentlichen Infrastruktur und die Gestaltung eines Wohnumfeldes für alle Generationen sind zentrale Handlungsfelder. Allein im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms 2009 werden hierfür rund 261 Mio. Euro in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt.
- In der integrierten ländlichen Entwicklung werden dörfliche Gemeinschaftseinrichtungen gefördert. Die Erarbeitung von Dorferwicklungs Konzepten wird unterstützt. Einen besonderen Schwerpunkt stellt die Förderung der Umnutzung leerstehender (z. B. landwirtschaftlicher) Gebäude dar.
- In vielen Regionen sind integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) erstellt worden. Für Dorferwicklungsprojekte, die der Umsetzung der ILEK dienen, gelten erhöhte Fördersätze.
- Mit der Bereitstellung von Fördermitteln wird der Ausbau des Ganztagserschulsystems forciert. Außerdem werden lokale und regionale Bildungsnetzwerke unterstützt.
- Das neue Schulgesetz hat die Rahmenbedingungen für den wohnortnahen Erhalt von Grundschulen geschaffen: Die Schulträger können Schulen an Teilstandorten als Grundschulverbund führen, um das dichte Netz von Grundschulstandorten weitgehend zu erhalten und zugleich angemessene Klassen- und Schulgrößen sicherzustellen.
- Die Landesinitiative „Familie kommt an.“ unterstützt die Kommunen dabei, gute Bedingungen für Familien zu schaffen. Zentrale Säule dieser Initiative ist das Informations- und Qualifizierungszentrum für Kommunen (IQZ) als landesweite Service- und Anlaufstelle für Kommunen. Ein Aktionsbündnis für familiengerechte Kommunen mit 15 Dachorganisationen aus kommunalen Spitzenverbänden, freier Wohlfahrtspflege, Wirtschaft, Gewerkschaften, Familienorganisationen, Landessportbund und Bertelsmann Stiftung arbeitet auf Basis eines gemeinsamen Memorandums Empfehlungen zu ausgewählten Themenfeldern aus und trägt zur Weiterentwicklung der lokalen Rahmenbedingungen bei. Im Jahr 2009 wurde die Familienunterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen in den Fokus genommen.
- Mit dem Bündnis für den Sport wurde in Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Plattform von Landesregierung und Landessportbund geschaffen, um die Möglichkeiten des Sports in einer sich ändernden



Gesellschaft langfristig und nachhaltig zu nutzen. Es ist geplant, das Bündnis der beiden Partner durch die Einbindung weiterer Akteure zu erweitern.

- Regionalagenturen für den Arbeitsmarkt sind Partner und Umsetzer der Landesarbeitspolitik in der Region und für die Region. Diese Art der Einbindung der Kompetenzen vor Ort ist einzigartig in Europa.
- Das Land hat durch neue Regelungen zur Absicherung eines öffentlichen Personennahverkehrsangebotes vorhandene Strukturen gestrafft, Finanzmittel verfestigt sowie Schienenverbindungen gesichert.
- Die Landesregierung unterstützt den Aufbau einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur. Ohne den landesweiten Zugang zu Breitbandangeboten könnten besonderes die ländlichen Regionen weiter an Standortattraktivität für junge Familien und Wirtschaft verlieren.

Über die Anforderungen an veränderte Infrastrukturen hinaus wird künftig die Schaffung von Voraussetzungen für eine Teilhabe aller Generationen am gesellschaftlichen Leben vorrangig sein. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Eine kommunale Aufgabe wird künftig die Schaffung von Chancen für den intergenerativen Dialog sein. Zur Unterstützung der kommunalen Aktivitäten soll eine Bestandsaufnahme zum Umgang und zur Verortung des Themas „Demografischer Wandel“ auf kommunaler Ebene durchgeführt werden.
- Die Kommunen werden zukünftig durch ein landesweites Netz der Freiwilligendienste aller Generationen in der Gestaltung der Aufgaben im demografischen Wandel unterstützt. Diese neue Engagementform soll mit dem „Mobilen Team Nordrhein-Westfalen“ flächendeckend im Land etabliert werden.
- Regionale und lokale Bildungsnetzwerke sind zu entwickeln, in denen alle Träger von Bildungsinstitutionen zusammenwirken, um gemeinsame Verantwortung für die Chancen der jungen Menschen zu übernehmen. Bereits jetzt sind seit letztem Jahr 38 solcher Netzwerke entstanden. Bis Ende 2010 sollen möglichst in allen 53 Kreisen und kreisfreien Städten diese Unterstützungssysteme aufgebaut sein.

- Mit den Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum wird sich in besonderem Maße das Strukturprogramm „Regionale 2013“ auseinandersetzen. Die Modellregion Südwestfalen wird den Themen Ländlicher Raum, Mobilität, Wohnen und Nahversorgung, Soziales und Gesundheit prioritäre Bedeutung einräumen.
- Durch die Errichtung von vier neuen und dem Ausbau bestehender Fachhochschulen mit insgesamt 11.000 Studienplätzen wird der regionale Versorgungsgrad mit hochqualifizierten Ausbildungsplätzen erhöht und die Vernetzung sowie der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und regionaler Wirtschaft verbessert werden.
- Hochwertige zentrale Verkehrsverbindungen sollen weiterentwickelt werden. Eine flächendeckende Anbindung ländlicher Regionen an die übergeordneten Verkehrsnetze ist dauerhaft zu sichern.
- Krankenhausversorgung und -planung müssen an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Bedarfsgerechte Angebote, Anreizsysteme zur Förderung der ärztlichen Niederlassung zur zukünftigen Absicherung des Hausarztbedarfs müssen insbesondere im ländlichen Raum vorgehalten werden.
- Maßnahmen zur Schaffung von Sportangeboten in Sportvereinen im Gesundheitssport und zur Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen gefördert werden. Darüber hinaus sollen die Sportvereine in ihrem Bestreben unterstützt werden, Eigeninitiativen zu mobilisieren.

4. Wohnen und Leben im Quartier gestalten, Verbleiben ermöglichen

Gewachsene soziale Beziehungen im nachbarschaftlichen Wohnumfeld sind wichtige Faktoren für das Wohlbefinden der Menschen und ihrer Lebensqualität im Quartier. Besonders für Familien und im Alter gewinnt dieses Thema wachsende Bedeutung. Die meisten Menschen möchten möglichst selbstbestimmt in der eigenen Wohnung leben und alt werden – auch bei Hilfebedarf. Es geht nicht nur um die Wohnung, sondern auch um die gewohnte Umgebung, das vertraute Wohnumfeld. Dort liegt ein großes Potential für Gemeinschaft und gegen-



seitige Unterstützung. Dies wird bei wegbrechenden herkömmlichen Familienstrukturen und zunehmend individuelleren Lebensstilen und -lagen immer wichtiger.

Auch in Zukunft wird auf die vertrauten Koordinaten, die Menschen in ihren individuellen Lebensverläufen Orientierung bieten, nicht verzichtet werden können. Mit Blick darauf werden neue Konzepte entwickelt werden müssen, um den Bedürfnissen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen zu können. Insbesondere neue Formen des familien- und altengerechten Wohnens und Zusammenlebens werden in Zukunft von wachsender Bedeutung sein. Bei der Gestaltung von Wohnraum und seinem Umfeld werden daher die Bedürfnisse aller Generationen bedacht werden müssen. Neben den baulichen Anforderungen an die Wohnung verändern sich im Alter auch die Anforderungen an die soziale Infrastruktur. Dazu zählen neben zuverlässigen und dauerhaften Betreuungs- und Hilfsangeboten vor allem soziale Kontakte, Weiterbildung und ein entsprechendes kulturelles Angebot.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Am Programm „Soziale Stadt NRW“ sind 57 Quartiere beteiligt. Erneuerungsprozesse werden vor Ort kooperativ von Land, Kommunen, gesellschaftlichen Kräften und Bewohnern gestaltet. Es gilt, die Integration und die Stadtteile für wohnen, arbeiten und wirtschaften zu stärken. Die Entwicklung einer lokalen Stadtteilökonomie hat dabei besondere Bedeutung.
- „Wohnen im Alter“ und „Barrierefreiheit“ sind Kernelemente der nordrhein-westfälischen Wohnungsbau politik sowohl in Bestandsförderungsprogrammen als auch im experimentellen Wohnungsbau. Allein für das Wohnungsbauprogramm 2009 wird ein Betrag von rd. 950 Mio. Euro bereitgestellt. Die Förderangebote ermöglichen den Neubau barrierefreier altengerechter Neubauwohnungen ebenso wie den Abbau von Barrieren im Bestand sowie den Bau von Gruppenwoh nungen für ein gemeinschaftsorientiertes Wohnen im Alter mit Pflegemöglichkeiten, die Integration kleinteiliger stationärer Pflegeinseln im Quartier bis hin zur Entwicklung und dem Bau von Mehrgenerationen-Häusern.
- Das Modellprojekt „Wie wollen wir künftig leben? – Lebensstile und Wohnbedürfnisse älterer Menschen“ entwickelt eine gezielte Unterstützung der Kommunen bei der Gestaltung eines generationengerechten Wohn- und Lebensumfeldes im Alter.
- Im Modellprojekt „Im Quartier bleiben!“ wird an drei Standorten ermittelt, was in den Quartieren notwendig wäre, damit die Menschen möglichst lange dort wohnen bleiben können. Dabei ist nicht in erster Linie an die bauliche Infrastruktur, sondern vor allem auch an soziale Kontakte, an Netzwerke und Unterstützungsangebote gedacht. In der nunmehr laufenden zweiten Projektphase wird mit den beteiligten Kommunen überlegt, welche Maßnahmen zu realisieren sind.
- Die Förderung der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes „WohnQuartier4“ soll in eine Praxis hilfe für Kommunen einfließen. Dieses von der Stiftung Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt hat eine altersgerechte Quartiersgestaltung zum Ziel.
- Das Modellprojekt „Partizipation im Alter – PiA“ wird an vier Standorten gefördert und initiiert. Kommunen wird dadurch ein Weg zur nachhaltigen Förderung der Teilhabe älterer Menschen am Gemeinwesen aufgezeigt.
- Schulbauten können als wichtige Mittelpunkte des kulturellen und sportlichen Lebens in der Gemeinde oder im Stadtviertel von mehreren Generationen multifunktional genutzt werden. Um derartige Ideen zu fördern, wurde zusammen mit der Architekten kammer NRW erstmals im Jahr 2008 einen Schulbaupreis Nordrhein-Westfalen ausgelobt.
- Zusammen mit dem Städtenetzwerk und der Robert Jungk-Stiftung wurde der diesjährige Robert Jungk Preis 2009 unter das Motto gestellt: „Wie wollen wir leben?“. Besonders angesprochen werden Einrichtungen, Initiativen und Unternehmen, die sich für die Entwicklung im Quartier einsetzen.

Lebensqualität in vertrauter Umgebung und der Bestand in nachbarschaftlichen Netzwerken sind von zentraler Bedeutung für individuelle und gesamtgesellschaftliche Orientierung. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:



- Familienzentren in Nordrhein-Westfalen bieten in den Quartieren einen idealen Ansatzpunkt, um Familien zu unterstützen, einen Ausgleich von Benachteiligungen zu erreichen, die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben und auch das Miteinander der Generationen und Kulturen zu fördern. Familienzentren stärken die Erziehungskompetenz der Eltern. Sie sind Anlaufstelle für Familien und auch Orte der Begegnung von Familien.
- Zukunftsfähige Wohnquartiere mit verlässlichen Nachbarschaften sind zu schaffen, damit ein Zuhause für Familien in ihren unterschiedlichen Lebensphasen und auch im Alter durch eine bedarfsgerechte Versorgung gestaltet bzw. erhalten werden kann.
- Quartierintegrierte Wohnkonzepte und neue Kooperationsformen müssen vor Ort unterstützt werden. Dazu gehört auch, gute Rahmenbedingungen für eine funktionierende lokale Ökonomie zu schaffen.
- Die Teilhabe älterer Menschen am Gemeinwesen ist als wertvoller Beitrag für das Zusammenleben der Generationen in den Städten und Gemeinden des Landes dauerhaft zu würdigen.
- Damit neue Orte für Begegnungen und intergenerative Kommunikation etabliert werden, sollen Schulbauten für multifunktionale Bestimmungen im Nahraum aktiver als bisher geöffnet werden.

B Neue Sicherheit und Zuversicht geben

5. Aufstieg durch Bildung unterstützen

Die Talente und Kompetenzen der Menschen sind zentrale Grundpfeiler zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Wer Talente einbringt, zeigt die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Die Kompetenzen der Menschen sichern maßgeblich den Wohlstand der Gesellschaft. Allerdings müssen auch die Möglichkeiten vorhanden sein, dass jeder seine Fähigkeiten einbringen kann und diese entsprechend gefördert werden. Gerade in Krisenzeiten müssen Aufstiegschancen vorhanden sein. Der Bildungserfolg darf an finanziellen Hürden nicht scheitern. Die soziale Durchlässigkeit „nach oben“ war und bleibt wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Alle gesellschaftlichen Gruppen brauchen

berufliche Perspektiven und müssen ihre Talente und Kompetenzen frei entfalten können. Dazu gehört auch, insbesondere schwache Schülerinnen und Schüler zu fördern und denjenigen Menschen Unterstützung anzubieten, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben.

Eine wichtige Daueraufgabe staatlichen Handelns liegt darin, den Erhalt von Wettbewerbs-, Innovations- und Beschäftigungsfähigkeit bei Einwohnerinnen und Einwohnern, Beschäftigten und Unternehmen zu unterstützen. Zur Entfaltung von Talenten und Kompetenzen ist Bildung ein entscheidender Schlüssel. Aufstieg durch Bildung kann aber nur geschehen, wenn die individuelle Bereitschaft dazu vorhanden ist und zugleich dazu die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Unter den Bedingungen einer sich demografisch verändernden Gesellschaft ist es daher zukünftig von zentraler Bedeutung, dass vor Ort Strukturen zur Bildung, Qualifizierung und Persönlichkeitsentwicklung von Menschen aus allen Altersgruppen und sozialen Lagen zur Verfügung stehen und gleichzeitig die lebensbegleitende Kompetenz(weiter)entwicklung ins Zentrum gerückt wird. Stärker als bisher muss auch die Möglichkeiten zum Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen geschaffen werden. Bis ins Jahr 2025 wird sich der Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften weiter verschärfen. Der Bedarf wird aufgrund rückläufiger Geburtenzahlen weder allein durch eigene Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit schulisch erworbener Hochschulreife, noch durch Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland gedeckt werden können, sondern nur dadurch, dass alle ihr Lern- und Leistungspotenzial voll ausschöpfen und einsetzen können.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Flächendeckend wird die Sprachkompetenz der Kinder bereits zwei Jahre vor der Einschulung überprüft in dem Bestreben, jedem Kind den bestmöglichen Start in die Schule zu ermöglichen. Mit dem neuen Schulgesetz ist in Nordrhein-Westfalen zudem die individuelle Förderung eines jeden Kindes als Leitidee festgeschrieben worden. Daraus sind bereits viele



Maßnahmen abgeleitet worden, die den schulischen Erfolg im Alltag unterstützen. Dazu gehören auch neue Impulse für eine geschlechtersensibel gestaltete Koedukation, mit der die Chancengleichheit für Mädchen und Jungen jenseits stereotyper Rollenerwartungen gefördert wird.

- Auch in der sonderpädagogischen Förderung geht Nordrhein-Westfalen neue Wege. Seit dem Schuljahr 2008/2009 werden in 30 unterschiedlich großen Regionen im Rahmen eines Pilotprojekts Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung ausgebaut. Bis August 2010 soll die Zahl der Pilotprojekte schrittweise auf bis zu 50 ausgeweitet werden können.
- Die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler als zentrale Leitidee eines Schulwesens, in dem jedes Kind und jeder Jugendliche unabhängig von seiner Herkunft seine Chancen und Begabungen optimal nutzen und entfalten kann, gilt es auszubauen und zu forcieren.
- Die schulische Berufsorientierung ist in Nordrhein-Westfalen als Bestandteil der individuellen Förderung konzipiert worden und soll Jugendliche zur Ausbildungsreife führen. Junge Menschen werden schrittweise an eine Berufswahlentscheidung herangeführt. Authentische Situationen beruflichen Handelns werden genutzt, um die bewusste Wahrnehmung eigener Potentiale und Fähigkeiten zu stärken. Dieser Anspruch wird durch eine Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Partnern umgesetzt. Dazu gehören: die Berufsberatung der Agenturen für Arbeit, die Wirtschaft, die Industrie, kommunale Einrichtungen und die Hochschule. Das Ziel der Landesregierung, eine möglichst früh einsetzende, umfassende und nachhaltige Berufsorientierung bei individueller Förderung weiter zu entwickeln, wird mit Hilfe der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit mit Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung gem. §33 SGB III unterstützt und weiter verfolgt.
- Die „Gemeinschaftsoffensive Zukunft durch Innovation (zdi)“ fördert Technikbegeisterung bei Schülerinnen und Schülern durch Multiplikatoreneffekte. Die Initiative unterstützt bestehende oder sich entwickelnde Projekte zur Nachwuchsförderung. Durch beratende und finanzielle Unterstützung des Landes schließen sich die Projekte in sogenannten zdi-Zentren zu regionalen Netzwerken zusammen. Bis Ende 2010 sind 25 zdi-Zentren geplant.
- In der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit fördert das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Kommunen Orte der Persönlichkeitsbildung, des Kompetenzerwerbs sowie der Vermittlung fachlicher Kompetenzen im Hinblick auf die Herstellung von Berufsfähigkeit. Zudem werden die kulturelle Jugendarbeit (siehe auch Kapitel A2) und die Jugendmedienarbeit unterstützt.
- Jugendliche sollen beim Übergang von der Schule in den Beruf noch besser begleitet werden. Durch die Zusammenarbeit mit Ausbildungspaten, das Projekt „Werkstattjahr“ und das „Sonderprogramm Ausbildung“ erhalten Jugendliche eine Chance für eine Berufsausbildung, die aufgrund ihrer bildungsmäßigen Voraussetzungen zusätzliche Förderung benötigen. Junge Menschen aus Zuwandererfamilien haben häufig einen erschwerten Start in Bildungs- und Berufskarrieren. Das Ziel der Chancengerechtigkeit für diese jungen Menschen spielt deshalb eine zentrale Rolle beim Aktionsplan Integration der Landesregierung. Hinzu kommen gezielte Maßnahmen zur Förderung des Technik-Interesses von Mädchen.
- Junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte werden beim Berufseinstieg durch das Mentoring-Projekt „Neue Wege in den Beruf“ unterstützt.
- Weiblicher Führungsnachwuchs wird durch verschiedene Mentoring-Projekte mit der mittelständischen Wirtschaft („KIM – Kompetenz im Management“ und „PePon – Personalpotenziale nutzen“) gefördert.
- Schwerpunkt der weiterbildungspolitischen Aktivitäten der Landesregierung ist die Sicherung von Angeboten der allgemeinen Weiterbildung, an denen ein besonderes Interesse besteht (Gemeinwohlorientierung) sowie die Förderung von Angeboten, durch die ein Anschub zu mehr beruflicher Weiterbildung ermöglicht wird.
- Beruflich Qualifizierte mit einem Meisterbrief und vergleichbaren Qualifikationen haben bereits heute prüfungsfrei den Zugang zu einem Fachhochschulstudium in einem fachlich entsprechenden Studiengang.
- In der Initiative „Erfolgreich Arbeiten: Qualifizierter. Flexibler. Gesünder.“ werden u. a. best-practice Bei-



spiele bei der Entwicklung von Kompetenzen vorgestellt. Als Bestandteil dieser Initiative unterstützt der „Bildungsscheck“ Beschäftigte in kleinen und mittelständischen Unternehmen in ihren Weiterbildungsanstrengungen. Zudem wird gezielte Beratung angeboten.

- Das Projekt „Kombilohn NRW“, welches das Ziel hatte, die Beschäftigungschancen für schwervermittelbare langzeitarbeitslose Menschen zu erhöhen, ist im Jahr 2007 in das Bundesprogramm „Leistungen zur Beschäftigungsförderung nach § 16 e SGBII – JobPerspektive“ integriert worden. Die praktische Umsetzung wird weiter aktiv begleitet.

Die Förderung von Talenten, die Organisation von lebensbegleitendem Lernen und die Bereitschaft der Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen Bildungsangebote aufzugreifen ist zentrale Voraussetzung zur Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstandes. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Investitionen in die frühkindliche Bildung müssen weiter gefördert werden. Denn wenn weniger Köpfe mehr leisten müssen, dann müssen sie bestmöglich darauf vorbereitet sein.
- Das Angebot in der Kindertagesbetreuung ist auszubauen, um Kindern, deren Eltern das wünschen, eine Teilhabe an diesem Angebot und Eltern, die das wünschen, die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu ermöglichen.
- Der weitere Ausbau von Ganztagschulen ebenso wie eine moderne praxisnahe Lehrerbildung und das Engagement von außerschulischen Partnern in regionalen Bildungsnetzwerken ist zu unterstützen.
- Die Vereinbarkeit von Schule, Ausbildung und Beruf mit den Anforderungen des Leistungs- und Spitzensports gilt es auszubauen.
- Im Rahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit wird die Bildungsvermittlung weiter zu qualifizieren und quantitativ auszubauen sein, wie auch die Vernetzung der verschiedenen Bildungsinstitutionen und ihre unterschiedlichen Bildungsaufgaben. Mit dem im Sommer 2008 von der Landesregierung mit den landeszentralen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit

geschlossene Pakt mit der Jugend ist hierzu ein geeignetes Instrument geschaffen worden.

- Die mit dem „Bologna-Prozess“ geschaffenen neuen Studienstrukturen sollen auch zur Flexibilisierung der akademischen Ausbildung genutzt werden, die es Studierenden erlaubt, ihre Lern- und Lebenswege flexibel zu gestalten und zu späteren Zeitpunkten ihrer Erwerbsbiographie zur wissenschaftlichen Weiterqualifikation in die Hochschule zurück zu kommen.
- Das so genannte „Meisterstudium“ soll auf die Universitäten ausgedehnt und die fachspezifische Einschränkung der möglichen Studienfächer aufgehoben werden. Zusammen mit dem erweiterten Angebot an dualen Studiengängen und der Möglichkeit der Anrechnung von außerhalb des Hochschulbereichs erworbenen Qualifikationen auf ein Hochschulstudium soll die Durchlässigkeit des Bildungssystems verbessert werden.
- Beschäftigungspotenziale für gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose sind verstärkt zu aktivieren. Ebenso ist ein hohes Qualifikationsniveau aller Beschäftigten durch mehr und bessere Weiterbildung zu gewährleisten. Dazu wird auch gehören, eine differenzierte und vorurteilsfreie Bewertung der Leistungsfähigkeit weiblicher sowie älterer und jugendlicher Erwerbspersonen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- Die allgemeine Weiterbildung, die selbstverständlich die zentralen Aspekte von Gemeinwohlorientierung, politischer Bildung und Wertorientierung in das lebensbegleitende Lernen integriert. Darüber hinaus werden wir die Bildungs- und Qualifizierungsberatung für alle leicht zugänglich machen und für mehr Transparenz sorgen.

6. Selbstbestimmtheit im Alter erhalten, Vorsorge ausbauen

Die Möglichkeit zur Führung eines selbständigen Lebens und zum Handeln in eigener Verantwortung ist ein wichtiger Faktor der Lebensqualität der Menschen. Viele Menschen werden in anderen Lebenszusammenhängen und Wohnformen alt, als sie es noch Generationen zuvor geworden sind. Dies bedeutet für eine steigende Zahl von



Menschen besonderen Unterstützungsbedarf, vor allem für eine zunehmende Zahl von älteren behinderten Menschen und Menschen mit erhöhtem Risiko von Altersarmut. Unstetiger werdende Erwerbsbiographien, mehr Beschäftigungen im Niedriglohnbereich, längere Zeiten von Arbeitslosigkeit, wachsender Anteil von Selbstständigkeiten mit geringem Einkommen wirken verstärkend; vor allem ältere Frauen sind von Altersarmut bedroht, da sie u. a. wegen ihres Einsatzes für ihre Kinder und Familien geringere Rentenansprüche erwerben. Das gilt auch für Alleinerziehende, trotz der begünstigenden Regelungen für Zeiten der Kindererziehung. Zudem haben sich die Marktbedingungen, unter denen Menschen ihre Geschäfte des Alltags abwickeln, stark verändert. Die steigende Anzahl von Produktkäufen und Bankgeschäften über das Internet, die Zunahme von Anbietern auf liberalisierten Märkten und die starke Verbreitung direkter Kundenwerbung, beispielsweise per Telefon, stellen insbesondere für ältere Verbraucherinnen und Verbraucher eine Herausforderung dar.

Die Erhaltung von Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit im Alter und dem damit verbundenen Ausbau einer geeigneten Vorsorgestruktur wird künftig eine wesentliche Herausforderung sein. Im Zentrum wird der einzelne Mensch mit seinem individuellen Unterstützungsbedarf stehen. Die Unterstützung ist so zu gestalten, dass sie intergenerative Netzwerke stärkt und einen Mix aus professionellen Leistungen sowie bürgerschaftlichem und freiwilligem Engagement passgenau für den Einzelfall ermöglicht. Auch die Vielfalt der Angebote in Einrichtungen der stationären Altenpflege und der Behindertenhilfe muss durch möglichst unbürokratische und flexible rechtliche Vorgaben erleichtert werden. Ziel ist es, dass die Menschen in diesen Einrichtungen möglichst wie zu Hause leben. Im Interesse zukünftiger Generationen, aber auch in Verantwortung für die Kommunen im Land, ist künftig Sorge dafür zu tragen, dass Menschen, die ihr Leben lang erwerbstätig waren oder neben der Erwerbstätigkeit Kinder großgezogen oder Familienangehörige gepflegt haben, im Alter eine Sicherung erhalten, die sie unabhängig von Leistungen der Sozialhilfe macht. Ohne die entsprechende Weichenstellung droht auch Altersarmut in Zukunft zu einem mittelfristig gravierenden Problem zu werden.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Mit den „Seniorenpolitischen Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen bis 2025 – gemeinsam in einer Gesellschaft des langen Lebens“ hat die Landesregierung ein ressortübergreifendes Handlungskonzept vorgestellt, dessen Ziel es ist, die Lebensqualität der älteren Generation in Nordrhein-Westfalen weiter und nachhaltig zu verbessern. Aktives und gesundes Altern, Partizipation, Engagement und eine qualitativ hochwertige bedarfsorientierte Versorgung stehen dabei im Mittelpunkt.
- Mit dem Programm „Teilhabe für alle“ nimmt die Landesregierung die Herausforderung der Altersentwicklung auf. Ziel ist eine Verbesserung der Situation älterer Menschen mit Behinderungen beim Übergang in den Ruhestand, so z. B. mit dem Modellprojekt „Wir sehen weiter“ für alterserblindete Menschen.
- In dem Modellprojekt „50 PlusMinus – Altern mit Körperbehinderung“ werden Erkenntnisse darüber gewonnen, wie die Gesamtsituation von Menschen mit Behinderungen verbessert werden kann, wenn sie älter werden.
- Mit der Landesinitiative Demenzservice ist ein integriertes Konzept zur Stärkung niedrigschwelliger Versorgungsstrukturen, zur praxisorientierten Weiterbildung im Ehrenamt und zum Praxis-Wissenschaftstransfer entwickelt und umgesetzt worden. Dreh- und Angelpunkt für die Umsetzung und Kommunikation im regionalen Raum sind die Demenz-Service-Zentren NRW.
- Mit der sozialen Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen und ihrer Ausrichtung insbesondere auf ältere und behinderte Menschen sowie Menschen mit Kindern wird ermöglicht, dass insbesondere auch für Personenkreise mit geringerem Einkommen gewährleistet ist, in allen Lebensabschnitten angemessen mit Wohnraum versorgt zu werden. Damit wird gesellschaftliche Integration und Lebensqualität auch für Menschen mit geringem Einkommen gesichert.
- Das Ende 2008 in Nordrhein-Westfalen in Kraft getretene neue Wohn- und Teilhabegesetz leistet einen wichtigen sozialpolitischen Beitrag dazu, dass in Betreuungseinrichtungen der einzelne Mensch und das



Schutzbedürfnis von Bewohnerinnen und Bewohnern im Mittelpunkt stehen.

- Die Landesregierung hat eine differenzierte und umfassende Analyse der derzeitigen Alterssicherung und zukünftiger Entwicklungstendenzen vorgelegt sowie Vorschläge zur Vermeidung von Altersarmut durch bundes- und landespolitische Maßnahmen entwickelt.
- Mit der ins Leben gerufenen Dialogreihe „Verbraucherforum 60plus“ werden aktuelle Verbraucherprobleme älterer Menschen, wie z. B. im Bereich von Finanzdienstleistungen und Konsumentenkrediten oder die Belästigung durch unseriöse und unerlaubte Direktmarketingmethoden (z. B. unerwünschte Telefonwerbung), aufgegriffen.

Soziale Gerechtigkeit und soziale Verantwortung müssen immer dann tragen, wenn es darum geht, für Menschen mit Behinderungen und für Menschen, die von Altersarmut bedroht sind, Lebensqualität im Alter zu erhalten. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Eine Jugendinformationskampagne ist zu entwickeln und umzusetzen, die die Chancen und Risiken des demografischen Wandels auch im Hinblick auf die Themen Alterssicherung, Erwerbsbiografie, Aus- und Weiterbildung thematisiert. Bestandteil dieser Kampagne sollte die Einbindung dieser Themen in die schulischen Lehrpläne sein. Daran sollen auch die freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit beteiligt werden.
- Die Vorschläge zur Vermeidung von Altersarmut im Hinblick auf ihre bundes- und landespolitische Umsetzbarkeit und die Entwicklung weiterer innovativer Maßnahmen insbesondere für die überdurchschnittlich von Altersarmut betroffenen Personengruppen sind zu prüfen.
- Geeignete Unterstützungs- und Pflegestrukturen in den Kommunen für ältere Menschen mit Behinderungen sind zu entwickeln und zu realisieren. Dabei ist der einzelne Mensch mit dem individuellen Unterstützungsbedarf in den Mittelpunkt zu rücken.
- Maßnahmen zur Förderung der rechtlichen Vorsorge, insbesondere der Vorsorgevollmacht als Institut der Selbstbestimmung im Alter, sollen unterstützt werden.

7. Gesundheit erhalten, Betreuung professionalisieren

Gesundheit ist Voraussetzung für Wohlbefinden, Lebensqualität und Leistung. Zudem ist sie Wirtschafts- und Standortfaktor und stabilisiert unser soziales Sicherungssystem.

Gerade in einer Gesellschaft, in der immer mehr Ältere leben, gewinnt der gesundheitliche Zustand erheblich an Bedeutung. So leben derzeit beispielsweise mehr als 484.000 nach den Kriterien des SGB XI pflegebedürftige und etwa 300.000 demenzkranke Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ihre Pflege und Betreuung bestimmt den Alltag der Gesundheitsberufe heute stärker denn je. Der Bedarf an qualitativ hochwertigen und zielgerichteten Pflege- und Betreuungsangeboten ist kontinuierlich gestiegen. Die Beschäftigungssituation in den Krankenpflegeberufen ist gut. Mit knapp 160.000 Beschäftigten findet sich hier der größte Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gesundheitswirtschaft. Die Sicherung bedarfsgerechter Fachkraftausbildungen in den Krankenpflegeberufen für die stationäre und ambulante Versorgung erfolgt durch die Träger der Schulen des Gesundheitswesens auf der Grundlage der Ausbildungsstättenbedarfsplanung des Krankenhausplans Nordrhein-Westfalen.

Ziel der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist, dass Krankheiten, die durch einen ungesunden Lebensstil mit einseitiger Ernährung und Bewegungsmangel mit verursacht werden, deutlich zurückgehen. Erreicht werden soll das durch die nachhaltige Veränderung des Ernährungs- und Bewegungsverhaltens sowie durch gezielte Maßnahmen gegen Übergewicht. In diesem Bereich konzentriert sich Landesregierung Nordrhein-Westfalen vor allem auf Kinder und Jugendliche. Die Aktivitäten der Landesregierung koordiniert die „Interministerielle Arbeitsgruppe Ernährung und Bewegung“. Bis zum Jahr 2025 ist landesweit mit einem Anstieg der Pflegebedürftigen auf über 708.000 Personen zu rechnen. Die steigende Zahl der Demenzerkrankungen wird eine neue Herausforderung darstellen. Der Bedarf an gut ausgebildetem Personal wird weiter ansteigen. Sowohl in der Krankenpflege- als auch in der Altenpflegeausbildung werden geriatrische, gerontologische und geronto-psychiatrische Fachkenntnisse verstärkt vermittelt werden müssen.



Die berufliche Weiterbildung sowie die Qualifizierung der Angehörigen und der freiwillig Engagierten werden einen völlig neuen Stellenwert erlangen. Da die Zahl der zu Betreuenden aus dem Kreis der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zunehmen wird, sind ethnisch-kulturelle Anforderungen und Erwartungen pflegebedürftiger Menschen aus dieser Personengruppe einzubeziehen. Präventionsmaßnahmen von klein auf sind am erfolgversprechendsten für die Entwicklung und Etablierung eines gesundheitsgerechten Ernährungs- und Lebensstils, um auch im Alter gesund zu sein.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Derzeit nehmen in Nordrhein-Westfalen rund 9.200 Schülerinnen und Schüler in etwa 130 staatlich anerkannten Fachseminaren an der dreijährigen Altenpflegefachkraftausbildung teil. Die 2006 staatlich anerkannte einjährige Altenpflegehilfeausbildung bot im Jahr 2009 1.672 jungen Frauen und Männern mit Hauptschulabschluss einen qualifizierten Start in das Berufsleben. In der Gesundheits- und Krankenpflege werden jährlich rd. 17.000 Kräfte ausgebildet.
- Die Vermittlung von Ernährungskompetenz und die Verbesserung der Verpflegungssituation werden in Kitas und Schulen vorangebracht. Zudem beteiligt sich die Landesregierung am Nationalen Aktionsplan „In Form – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“.
- Die Pflegereform 2008 hat wesentliche Verbesserungen der Leistungen für pflegebedürftige Menschen, z. B. bei der Pflegeberatung, bei „Neuen Wohnformen“ sowie in den Bereichen Ehrenamt und Selbsthilfe gebracht.
- Derzeit werden eine Reihe von Modellversuchen im Bereich der Weiterbildung für die verschiedenen Gesundheitsberufe durchgeführt, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen novelliert.
- Das Land fördert die Alten- und Altenpflegehilfeausbildung sowie weitere Ausbildungsberufe im Pflegebereich an staatlich anerkannten Fachseminaren im Jahr 2009 mit bis zu 31,5 Mio. €.
- Mit der bundesweit ersten Fachhochschule für Gesundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft soll ein

neues Kompetenzzentrum zur Professionalisierung der nichtärztlichen Heilberufe etabliert werden. Dieses soll praxisrelevante Aus- und Weiterbildung auch für den Berufspraktiker sowie anwendungsorientierte Forschung auf dem Gebiet der nichtärztlichen Heilberufe anbieten.

- Im Rahmen der Kampagne „Überwinde deinen inneren Schweinehund“ (ÜdiS), die das Land mit verschiedenen Partnern durchführt, wird gezielt auf gesundheitsorientierte Sport- und Bewegungsangebote aufmerksam gemacht.
- Um ältere Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen und Rechte auf dem Gesundheitsmarkt, z. B. bei Selbstzahlerangeboten, zu stärken, werden gemeinsam mit der Landesseniorenvertretung NRW und der Verbraucher Initiative e.V. regionale Verbraucherkonferenzen zu Gesundheitsthemen durchgeführt.

Schlüsselfaktoren für die individuelle und gesellschaftliche Vorsorge sind Aufklärung, Beratung und Qualifizierung. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Ernährungs- und Verbraucherkompetenz sind in die Lehr- und Ausbildungspläne zu integrieren. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen über die Folgen von Fehl- und Mangelernährung weiter sensibilisiert werden.
- Betreuung und Pflege sind insbesondere auch vor dem Hintergrund der besonderen Hilfebedarfe von Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen durch nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung und durch Stärkung der Pflegefähigkeit familiärer Strukturen zu sichern.
- Der Leistungskatalog der Pflegeversicherung ist hinsichtlich der zunehmend an Bedeutung gewinnenden Verzahnung von professionellen, niedrigschwellig-ehrenamtlichen und pflegeergänzenden Angeboten anzupassen.
- Netzwerke in der Beratungs- und Qualifizierungsarbeit mit Angehörigen und freiwillig Engagierten für die stationäre und nichtstationäre Betreuungsarbeit sind auf- und auszubauen.
- Der Auf- und Ausbau eines Systems der Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung soll in den ver-



schiedenen medizinischen und nicht-medizinischen Gesundheitsberufen vorangetrieben und die Umsetzung in eine qualitätsgesicherte Praxis unterstützt werden.

- Die Verbesserung der Qualifikation und des Fachkräfteangebotes ist zu forcieren.

8. Verwaltung optimieren, Personal gewinnen

Die wirtschaftlichen Entwicklungen und der gewachsene Blick auf die sogenannte Staatsquote stellen die öffentliche Verwaltung vor permanente Herausforderungen in Struktur und Beschäftigtenzahl. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Personalgewinnung – insbesondere bei bestimmten Fach- und Führungskräften – schwieriger wird. Gleichzeitig entspricht der Anteil von Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in keiner Weise der Entwicklung in der Gesellschaft. Zusätzlich entsteht inhaltlicher Veränderungsdruck in zahlreichen Kernelementen: das Laufbahnrecht im Öffentlichen Dienst, Bezahlungssysteme, Ausbildungs- und Qualifizierungsstrukturen und damit insgesamt das Selbstverständnis von Verwaltung in einer sich wandelnden Gesellschaft.

Eine Modernisierung und Anpassung der öffentlichen Verwaltung an gesellschaftliche Entwicklungen ist eine Daueraufgabe. Die Änderung von Staatsaufgaben, Staatsverständnis und Verwaltungsstrukturen wird sich nicht nur auf die Personalstruktur, sondern auch auf inhaltliche Anforderungen des Verwaltungshandelns auswirken. Neben das hoheitliche Handeln treten zunehmend komplexe Formen des Interessenausgleichs und des kooperativen Handelns zwischen dem öffentlichen Sektor und Unternehmen, Institutionen, anderen Partnern und engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Dies setzt ein anderes Aufgabenverständnis und eine veränderte Kompetenz der Handelnden auf allen Ebenen der Verwaltungen voraus. Die technische Entwicklung, die den Einsatz modernster IT-Technik und die Einführung von E-Government auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen ermöglicht, führt zugleich zu einer erheblichen Beschleunigung von Abläufen. Die Anforderungen an die IT-Kompetenz der Beschäftigten steigen. Eine besondere

Herausforderung für die kommenden Jahre stellt auch die Personalgewinnung und -bindung durch verstärkte Konkurrenzsituationen auf dem Arbeitsmarkt bei den qualifizierten Berufseinsteigern und die zunehmende Alterung der Belegschaften dar.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Verwaltungsmodernisierung wird von der Landesregierung als Daueraufgabe verstanden. Besondere Schwerpunkte liegen aktuell in den Bereichen Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau, E-Government, Haushaltsreform und Qualitätsmanagement.
- Im Bereich Bürokratieabbau sind in acht Reformfeldern 23 ressortübergreifende und über 100 ressortbezogene Projekte durchgeführt worden. Sie erproben neue Wege und nutzen dabei die Möglichkeiten moderner Informations-, Kommunikations- und Verfahrenstechniken. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaft. Sechs Mittelstandspakete erbringen Erleichterungen für die mittelständische Wirtschaft, z. B. in den inhaltlichen Anforderungen und zeitlichen Abläufen von Genehmigungsverfahren.
- Die Bereiche Fortbildung und Personalentwicklung gewinnen einen größeren Stellenwert. Leitbilddiskussionen, Personalauswahl nach Anforderungsprofilen, Rotation, Führungsfeedback, Mitarbeitergespräche, Zielvereinbarungen, Coaching, betriebliche Gesundheitsförderung kennzeichnen ein neues Personalmanagement in zahlreichen Dienststellen und Einrichtungen.
- Die Landesregierung arbeitet kontinuierlich an der Effizienzsteigerung der Öffentlichen Verwaltung, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Sinne einer zukünftigen Generationengerechtigkeit nachhaltig sicherzustellen. Hierzu dient unter anderem auch das Projekt EPOS.NRW, mit dem das Haushalts- und Rechnungswesen des Landes auf eine stärker outputorientierte Steuerung umgestellt werden soll.

Auf die aus dem demografischen Wandel und der Globalisierung resultierenden Konsequenzen wird sich die Öffentliche Verwaltung durch die Optimierung des eigenen Handelns einstellen müssen. Handlungsperspektiven



für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Servicebereitschaft und bürgerfreundliche Kommunikationsformen der Öffentlichen Verwaltung sind weiter auszubauen. Neben einer sektoralen Ausweitung von E-Government (u. a. Web 2.0) wird auch persönlicher Kontakt sehr wichtig bleiben. Hier ist Nordrhein-Westfalen z. B. beim Projekt D 115 (einheitliche Behördenrufnummer 115) mit 19 von bundesweit 23 kommunalen Modellregionen und zusätzlich der Einbeziehung der Landesverwaltung (Call NRW) prominent vertreten.
- Neue Formen der Zusammenarbeit der Verwaltungsebenen und -säulen untereinander und mit der privatwirtschaftlichen Seite sind zu entwickeln.
- Die Qualifizierung der Beschäftigten ist zu optimieren. Dabei kommt Führungskräften im Hinblick auf die Personalentwicklung eine Schlüsselrolle zu. Obligatorische Qualifizierungsprogramme für Führungskräfte müssen daher in Zukunft Standard werden.
- Personalgewinnung und -bindung muss ständig weiter verbessert werden. Offensiv wird mit den – vielfach bereits existierenden – nicht-pekuniären Faktoren geworben werden müssen, wie z. B. Familienfreundlichkeit, Frauenförderung, Angebote des Gesundheitsmanagements, Vielfalt der Aufgabenwahrnehmung, Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Im Rahmen einer Dienstrechtsreform soll zudem geprüft werden, ob auch Anreize im Besoldungsbereich in Anbetracht des Wettbewerbs um qualifizierte „Köpfe“ gewährt werden können.
- Zur Beibehaltung und Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz ist es unabweisbar, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen.

C Solidarität unterstützen

9. Gleichstellung voranbringen, Vereinbarkeit herstellen

Kinder sind als Teil von Familie und als Grundvoraussetzung für den vitalen Bestand sowie die weitere Ent-

wicklung der Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Die Bildungsbiografien der Geschlechter verlaufen heute nahezu gleich erfolgreich, bei weiter zunehmenden Bildungserfolgen der Frauen. Gleichwohl haben Frauen nicht nur größere Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in den Beruf. Berufstätige Frauen werden auch in der Bezahlung und bei der Besetzung von Führungspositionen immer noch benachteiligt. Eine Ursache liegt in der oftmals nur schwer zu vereinbarenden Kombination von Familie und Beruf. Gerade Frauen sind immer noch wesentlich stärker mit der Kindererziehung befasst als Männer. Auch die Pflege von Angehörigen wird aktuell zum Großteil von Frauen übernommen.

Nordrhein-Westfalen ist auf die vielfältigen Kompetenzen, die Potenziale, die Erfahrungen und das Wissen von Frauen und Männer als Beschäftigte, als Fach- und Führungskräfte und als Familienmitglieder gleichermaßen angewiesen. Die verstärkte Einbindung von Frauen gerade auch in verantwortungsvolle Tätigkeiten im Beruf stellt eine genauso große Herausforderung dar, wie die Einbindung der Väter in das Familienleben, besonders unter Beibehaltung ihrer beruflichen Positionen. Die sich schon jetzt abzeichnenden Veränderungen, etwa bei der stärkeren Inanspruchnahme von Elternzeit durch die Väter, werden sich in Zukunft fortsetzen. Ein verlässliches und gutes Betreuungsangebot für die Kinder ist hierfür eine Grundvoraussetzung. Aber auch die geschlechterspezifische Bildung wird zukünftig stärker beachtet werden müssen. Die im Vergleich zu den Jungen schlechteren Bildungserfolge der Mädchen in der Vergangenheit haben sich mittlerweile zugunsten der Mädchen verschoben. Zukünftig muss auch der Bildungserfolg von Jungen, insbesondere aus bildungsfernen Milieus, ins Blickfeld rücken, ohne die Förderung von Mädchen zu vernachlässigen. Das gehört zu einer in die Zukunft weisenden, an den gleichen Chancen von Frauen und Männern ausgerichteten Politik. Die Förderungs- und Gleichstellungspolitik für Frauen ist auch heute noch notwendig, da Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen noch nicht gleichgestellt sind. Doch bedarf es in einigen Belangen auch einer gezielten Unterstützung von Männern. Daher wird sich Gleichstellungspolitik zu einer Genderpolitik erweitern.

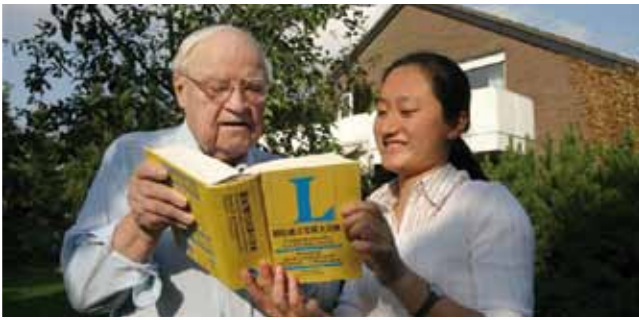


Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Mit dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) wird die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 auf 144.000 Plätze steigen. Im Jahr 2009 stehen für die Kindergärten und Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen fast 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung, so viel wie noch nie in der Geschichte des Landes.
- Im Zentrum der Entwicklung von Familienzentren in Nordrhein-Westfalen stehen neben Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien im Stadtteil die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei unterstützen im Kindergartenjahr 2009/2010 rd. 1.750 Familienzentren diese Vereinbarkeit durch die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes.
- Die Landesregierung baut Schritt für Schritt Ganztagsangebote und Ganztagschulen aus, um den Kindern mehr Bildungschancen zu eröffnen und den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Im Primarbereich gibt es nun an 2.970 Schulen Angebote mit insgesamt 203.000 Plätzen. Das sind fast drei Mal so viele wie 2005.
- Um jungen Frauen aus Zuwandererfamilien im Rahmen der Berufsorientierung neue Chancen zu eröffnen, wird das Projekt „Neue Wege in den Beruf – Mentoring für junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte“ bis 2011 weitergeführt und regional erweitert. Das Projekt wird aus Landes- und EU-Mitteln (EFRE) gefördert.
- Dem Ziel, mehr junge Frauen für natur- und ingenieurwissenschaftliche Berufe zu gewinnen, dienen Maßnahmen und Initiativen wie „Girl's Day“, „Mädchen wählen Technik“, „Technikmädchen“, die Workshopreihe „Technik ist auch weiblich“ sowie die Analyse der Studien- und Beschäftigungssituation von Frauen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen in der Europäische Union.
- Weiblicher Führungsnachwuchs wird durch verschiedene Mentoring-Projekte mit der mittelständischen Wirtschaft („KIM – Kompetenz im Management“ und „PePon – Personalpotenziale nutzen“) und durch Netzwerke gefördert.
- Um Existenzgründerinnen den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit zu erleichtern, wird ein Zertifizierungs- und Patenschaftsprogramm, der „Unternehmerinnenbrief NRW“, angeboten.
- Zur Unterstützung der Berufsrückkehr nach einer Familienphase wurden das Handlungsprogramm „Brücken bauen in den Beruf“ u. a. mit den Bestandteilen „Bildungsscheck NRW Berufsrückkehr“ und „Programm Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen“ und die Landesinitiative „Netzwerk W“ eingerichtet. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung auch das Informationsangebot „Forum W“ für Wiedereinsteigerinnen aufgebaut, das über alle Fragen im Zusammenhang mit dem beruflichen Wiedereinstieg informiert und auf lokal zuständige Anlaufstellen verweist.
- Für den Öffentlichen Dienst ist im Landesgleichstellungsgesetz (LGG) die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer neben der Frauenförderung als Ziel verankert und in Einzelvorschriften konkretisiert.

Für die Forcierung der gesellschaftlichen Gleichstellung von Frau und Mann ist es von zentraler Bedeutung, dass Männer und Frauen partnerschaftlich Beruf und Familie vereinbaren können. Eine gute Kinderbetreuung ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Insgesamt stehen in Nordrhein-Westfalen im Kindergartenjahr 2009/2010 86.000 Plätze für die Betreuung der Unterdreijährigen zur Verfügung. Die Landesregierung strebt an, bis zum Jahr 2012 3.000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren auszubauen. Damit wird sie einen wichtigen Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen leisten.
- Im Rahmen der Ganztagsoffensive stehen an den Schulen des Landes in diesem Schuljahr 267.000 Ganztagsplätze zur Verfügung. Mit Beginn des Schuljahres startet auch der Ganztagsausbau an Gymnasien und Realschulen. Bis zum Jahr 2010 können 216 Gymnasien und Realschulen beginnend mit den Klassen 5 auf den Ganztagsbetrieb umstellen. Alle anderen Schulen der Sekundarstufe I können über



das Programm „Geld oder Stelle“ eine pädagogische Übermittagsbetreuung sowie Ganztagsangebote einrichten. Durch den Ausbau von 230 neuen erweiterten Ganztags Hauptschulen seit 2006 arbeitet nahezu jede zweite Hauptschule im Ganztage. Bis zum Jahr 2015 werden rund 43% der Schülerinnen und Schüler an einem schulischen Ganztagsangebot teilnehmen.

- Mit dem Wettbewerb im Rahmen des EU-Ziel-2-Programms „familie@unternehmen.NRW“ werden auch in den kommenden Jahren die besten Ideen zur erfolgreichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Unternehmen unterstützt.
- Das neue Schulgesetz legt fest, dass neben den Angaben zum Leistungsstand in Zeugnissen und in Bescheinigungen über die Schullaufbahn weitere Bemerkungen über besondere Leistungen und besonderen persönlichen Einsatz im außerunterrichtlichen Bereich aufgenommen werden.

10. Engagement unterstützen, Gemeinsinn stärken

Bereits heute engagiert sich in Nordrhein-Westfalen jede und jeder Dritte in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen. Das Funktionieren einer Gesellschaft ist ganz wesentlich davon bestimmt, dass Menschen sich einbringen und sich sowohl für die eigenen wie auch für Belange anderer verantwortlich zeigen. In bürgerschaftlichem und freiwilligem Engagement liegt eine zentrale Ressource, die den Gemeinsinn und die Solidarität zwischen Personen bzw. gesellschaftlichen Gruppen festigen und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken kann.

Einhergehend mit der demografischen Entwicklung rückt die Leitidee einer aktiven Bürgergesellschaft immer mehr in das Zentrum gesellschaftlicher Aufgabenwahrnehmung. Dabei geht es auch um eine Neubewertung des Verhältnisses zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat bei der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Aufgaben. Es stellt sich die Frage, was zum Kernbestand öffentlicher Daseinsvorsorge und -fürsorge gehört und was die Bürgerinnen und Bürger in freiwilliger Arbeit leisten können, müssen und wollen. Es ist zu erwarten, dass etablierte Vereine, Verbände, Wohlfahrts-

organisationen und Kirchen auch weiterhin wichtige Partner für bürgerschaftliches und freiwilliges Engagement bleiben. Daneben werden sich neue, zeitlich und thematisch gebundene Engagementformen und neue Organisationsformen weiter etablieren. Kooperation und Vernetzung mit Kommunen und Unternehmen werden eine immer stärkere Rolle spielen. Bei all dem gilt es, den „Eigensinn“ bürgerschaftlichen Engagements zu respektieren und zu fördern: Jede und jeder sollte die Chance und Gelegenheiten haben, sich zu engagieren. Zugleich muss die Freiwilligkeit gesellschaftlichen Engagements gewahrt bleiben.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Neben traditionellen Instrumenten wie Orden und Auszeichnungen hat die Landesregierung zusammen mit Kreisen, Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen die landesweite Ehrenamtskarte als innovatives Instrument zur Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements etabliert. Die Ehrenamtskarte ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, die sich in besonderem zeitlichem Umfang für das Gemeinwohl engagieren, bestimmte Angebote öffentlicher, gemeinnütziger und privater Einrichtungen vergünstigt zu nutzen. Für die Bereiche der Jugendarbeit und insbesondere der Jugendverbandsarbeit stärkt das Instrument der Jugendleiterkarte (JuLeiCa) die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagement. Die Jugendleiterkarte ist Qualifikationsnachweis und begründet ebenfalls einen Anspruch auf von Land und Kommune bereitgestellte Vergünstigungen.
- Das Unternehmensengagement wird durch einen regelmäßig stattfindenden Landeswettbewerb „ENTERPreis“ und durch eine Unterstützung der Vernetzung von engagierten Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und Kommunen gefördert.
- Unter der Leitidee „Wir wollen! Wirtschaft für Schule“ wird in einem Wettbewerb und mit Einzelaktivitäten die Anbahnung von Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen vorangetrieben. Bislang haben 63 % der allgemeinbildenden weiterführenden Schulen mindestens einen Unternehmenspartner. Partnerschaften geben Schülerinnen und Schülern die



Möglichkeit, aus eigener Erfahrung heraus Wirtschaft und Unternehmen zu verstehen. Zugleich sind sie eine wichtige Grundlage für eine fundierte Berufswahl.

- Der Engagementnachweis „Füreinander.Miteinander – Engagiert im Ehrenamt“ dokumentiert und würdigt bürgerschaftliches Engagement landesweit und trägerübergreifend. Er macht zugleich im Engagement erworbene oder bewiesene Qualifikationen sichtbar und schafft damit eine Brücke in das Erwerbsleben.
- Das Land fördert Integrationsagenturen in Trägerschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die das bürgerschaftliche Engagement von und für Zugewanderte ausbauen und stärken. In diesem Sinne hat das Land in den letzten Jahren auch kontinuierlich seine Zusammenarbeit mit den Organisationen von Zugewanderten intensiviert.
- Projekte und Maßnahmen des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen zur Gewinnung und Qualifizierung von ehrenamtlich Engagierten im Sport werden durch das Land gefördert.
- Die Entwicklungsprozesse in den ländlichen Räumen werden von Kommunen, Verwaltungen und insbesondere auch von engagierten Bürgerinnen und Bürgern vorangebracht. Das Zentrum für ländliche Entwicklung (ZeLE) bietet eine dezentrale Informationsplattform an. Die Themen reichen von Dorf- und Regionalentwicklung, Landwirtschaft, regenerativen Energien bis hin zu Angeboten zur Stärkung des Bürgerengagements im ländlichen Raum. Dazu gehören Veranstaltungen, die Bürgerinnen und Bürger unterstützen im Engagement für den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“.

In Zukunft ist der gesellschaftliche Zusammenhalt durch eine aktive und beteiligungsorientierte Bürgergesellschaft weiter zu stärken. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Eine Förderung des lebensbegleitenden Engagements soll zukünftig noch stärker serviceorientiert ausgerichtet werden. Neben dem langjährigen lebensbegleitenden Engagement gibt es zunehmend das zeitlich befristete und für bestimmte Lebensabschnitte spezifische Engagement. Noch stärker als bisher muss

Engagementförderung sich darauf einstellen, ebenso darauf, dass Freiwillige heute von den Organisationen, in denen sie sich engagieren, ein professionelles Freiwilligenmanagement erwarten. Diese Anforderungen werden künftig mit den Freiwilligendiensten aller Generationen und ihrem verbindlichen Dienstprofil erfüllt.

- Durch das verstärkte Einbinden von Erfahrungswissen und Ideen älterer wie junger Menschen, das verstärkte Erschließen neuer Themenfelder (z. B. neuer Freiwilligendienst) und Zielgruppen (z. B. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte) soll der inter- und intragenerativer Dialog gefördert werden.
- Die Partner in der Wirtschaft, die über Ressourcen verfügen, werden künftig verstärkt dafür sensibilisiert werden, ihre Potenziale mit einem erkennbaren Nutzen auch für das eigene Unternehmen der Bürgergesellschaft zur Verfügung zu stellen.
- Die auf das Ehrenamt als eine besondere Engagementform orientierten Angebote der Jugendhilfe sind zu stabilisieren und die verstärkte Entwicklung intergenerativer Kooperationsansätze ist zu fördern.
- Eine beteiligungs- und engagementfördernde Infrastruktur – vor allem für den Bereich der Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung – soll mit der Förderung der Freiwilligendienste aller Generationen flächendeckend unterstützt und ausgebaut werden.
- Bürgerschaftliches, freiwilliges Engagement wird künftig professionell begleitet werden. Zur Umsetzung wird die Implementierung einer neuen Qualifikation „Master of Community-Management“ geprüft, die in der Ausbildung für die Öffentlichen Verwaltung diesen Kompetenzbereich ausprägen soll.

11. Generationgefüge und Familien stärken, Lebensphasen gestalten

Gute Generationenbeziehungen sowohl innerhalb als auch außerhalb von Familie und Verwandtschaft sind eine zentrale Ressource für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung. Die Familie ist und bleibt der wichtigste Ort, an dem Generationen zusammen kommen. Die persönliche Verpflichtung der Eltern, ihre Kinder in Kindheit und Jugend zu unterstützen sowie



die gelebte Verantwortung der Kinder, den alt gewordenen Eltern zu helfen, sind elementarer Ausdruck einer Solidarität zwischen den Generationen, die beispielhaft für die ganze Gesellschaft ist. Mit den aktuellen Trends der Bevölkerungsentwicklung verschieben sich auch die Proportionen zwischen den Generationen. Weniger junge Menschen stehen immer mehr älteren Menschen gegenüber. Auch der Wandel der Lebensformen wirkt sich auf das Miteinander der Generationen in allen Lebensphasen aus. Immer weniger Menschen leben familiär eingebunden. Der Trend zu kleinen Haushalten verstärkt sich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird für Mann und Frau immer wichtiger. In einer modernen Gesellschaft mit ihrer zunehmenden Anforderung an Flexibilität im Arbeitsleben und einer sinkenden Zahl von Kindern und Jugendlichen wird es für junge Menschen immer schwieriger, funktionierende Netzwerke und Bindungen im sozialen Nahraum dauerhaft aufzubauen. Nicht nur deshalb weichen junge Menschen intensiv auf elektronische Kommunikationsmittel aus, um auf virtueller Basis Verbindungen einzugehen und Netzwerke zu knüpfen.

Bis 2025 wird ein zunehmender Anteil der Bevölkerung keine eigenen Kinder oder Enkel haben. Perspektivisch werden daher Familienpolitik, die Politik für Kinder, für Ältere und die Generationenpolitik, ebenso wie auch die Gleichstellungs- und die Integrationspolitik, in engem Kontext stehen. Die Förderung eines positiven Miteinanders der Generationen muss alle Lebensphasen mit einschließen. Familien bleiben ganz zentrale Orte für das Miteinander und den Austausch zwischen den Generationen. Denn auch zukünftig ist die Gesellschaft auf die Solidarität in den Familien angewiesen. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, muss der Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Altersgruppen aber auch außerhalb von familiären Bindungen und den institutionalisierten Generationenbeziehungen in Erziehung, Bildung und Pflege gefördert und Räume des Austausches entwickelt werden. Generationenverbindende Projekte gewinnen deshalb zunehmend an gesellschaftspolitischer Relevanz, weil sie den Generationen einen Wechsel der Perspektive ermöglichen. Junge lernen die Einstellungen, Interessen, Lebensumstände von Älteren kennen und verstehen – aber genauso lernen auch die Älteren von den Jungen, wie z. B. die Möglich-

keiten und Nutzung der Informationstechniken. Wenn die Interessen und Anforderungen anderer Generationen berücksichtigt werden, wird die Gefahr geringer, dass eine Altersgruppe vernachlässigt wird.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Der bereits erwähnte „Pakt mit der Jugend“ sichert die Zukunftschancen der jungen Generation in Nordrhein-Westfalen. Seit 2009 stehen mehr als 80 Mio. Euro jährlich für die Kinder- und Jugendarbeit im Kinder- und Jugendförderplan des Landes zur Verfügung. In diesen 80 Mio. € enthalten ist eine Erhöhung von rd. 5 Mio. € im Rahmen des Paktes mit der Jugend.
- Ausgehend von der Generationenreise in alle Regionen des Landes mit der Intention beispielgebende generationenübergreifende Arbeit in Nordrhein-Westfalen bekannt zu machen, wurde die „Werkstatt Generationenübergreifende Projekte“ eingerichtet. Es ging dabei insbesondere um die Identifikation von Erfolgsfaktoren bei generationenübergreifenden Praxisansätzen und um die Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Trägerorganisationen.
- Mit dem ersten nordrhein-westfälischen Generationengipfel im Dezember 2007 unter Mitwirkung des EU-Kommissars für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit wurde die öffentliche Diskussion über einen neuen Generationenpakt angestoßen und in die europäische Diskussion eingebracht.
- Im Juni 2008 fand die Preisverleihung zum Wettbewerb „Projekte für Generationen“ statt. In diesem Wettbewerb wurden Projekte von Organisationen, Initiativen, Kommunen, Verbänden und Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen mit innovativen Ansätzen für die Gestaltung der Generationenbeziehungen vorgestellt und prämiert.
- Die meisten Bilder vom Alter entsprechen nicht mehr der Realität. Das Landesprojekt „Junge Bilder vom Alter“ fördert die öffentliche Wahrnehmung der Potenziale des Alters.
- Mit dem Programm „Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)“ werden Aktivitäten in den Bereichen Kultur und Soziales, aber auch solche, die generationenübergreifend und stadtteilbezogen wirken, unterstützt.



- Mit der EU-Kommission wurde 2008 die erste europäische Konferenz „Active Ageing of Migrant Elders across Europe“ (AAMEE) durchgeführt. Ziel war, die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Chancen und Potenziale darzustellen, die für europäische Gesellschaften mit der zunehmenden kulturellen Vielfalt auch im Alter entstehen.
- Die Landesregierung ist in einem Dialog mit der Medien- und Telekommunikationswirtschaft zu den Herausforderungen des demografischen Wandels.

Weil sich die Generationenbeziehungen grundlegend verändern, sind geeignete Initiativen, Konzepte und Projekte zu implementieren, in denen stabile und intensive Generationenbeziehungen als gesellschaftliche Ressource erprobt, entwickelt und erhalten werden. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Intergenerative Partnerschaften ermöglichen Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen. Durch Mentoring- und Patenprogramme soll jungen Menschen der Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit erleichtert werden. Den Jugendlichen eröffnet sich über die Biografie des Paten mehr als nur ein neuer Zugang zur Arbeitswelt.
- Um Menschen aller Altersgruppen für ein gesellschaftliches Engagement zu gewinnen, muss die in Nordrhein-Westfalen bereits vorhandene Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement, für generationenübergreifende Freiwilligendienste weiterentwickelt werden; eine wachsende Zahl von Engagierten zu binden und neue Potenziale zu gewinnen.
- Generationenübergreifende Projekte sind zukünftig mehr denn je erforderlich. Daher soll der Dialog zwischen den Generationen u. a. durch eine Fortsetzung der erfolgreichen „Generationen-Werkstätten“ gefördert werden. Die Landesregierung wird den Generationendialog ausbauen und soziale Netzwerke unterstützen, die den Familien zugute kommen.
- In einem Generationenatlas sind die wichtigsten demografischen Daten für das Land Nordrhein-Westfalen und die Perspektiven generationenpolitisch relevanter Handlungsfelder aufzuarbeiten.

- Mit den kommunalen Spitzenverbänden sollen den Kommunen wissenschaftlich fundierte Handlungsstrategien für innovative intergenerative Aktionsfelder vorgestellt werden. Das Land unterstützt hierfür Modellprojekte.

12. Entscheidungsfreude wecken, Teilhabe fördern

Die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders wird überwiegend von Erwachsenen übernommen, orientiert an den Interessen von Erwachsenen und nicht selten auch in ihrer Begründung eher an den Interessen älterer Bürgerinnen und Bürgern ausgerichtet. Jungen Menschen stehen nur begrenzt Möglichkeiten offen, mit ihren eigenen Entscheidungen auf gesellschaftliche Entwicklungen einzuwirken und durch eigene Teilhabe – z. B. auf kommunaler Ebene – zu konkreten Veränderungen in der Politik zu kommen. Unterdurchschnittliche oder gar fehlende Bildungs- und Berufsabschlüsse sowie körperliche und / oder finanzielle Einschränkungen schließen zudem einige Gruppen von der Teilhabe an gesellschaftlichen Angeboten aus. Im Hinblick auf das fortdauernd hohe Interesse der Menschen an Politik wirken sich Maßnahmen und Angebote der Partizipation bzw. der Einflussnahme auf politische Entscheidungen stabilisierend aus.

Die frühzeitige Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen für Entscheidungssituationen, aus mehreren Angeboten zu wählen, wird die Wahrnehmung von Chancen erleichtern. Dies ist aber eine immer größere Herausforderung für die Landesregierung und alle, die Verantwortung tragen. Bildung ist und bleibt der Schlüssel zu einer selbstbestimmten Entwicklung in einem Gemeinwesen. Als solche bleibt ihre Wirkung nicht auf den Werdegang des Einzelnen beschränkt, sondern reflektiert auf die gesellschaftliche Entwicklung. Partizipation nicht nur im politischen Raum, sondern darüber hinaus etwa auch im Arbeitsleben, muss mit der Durchbrechung von Einstellungsbarrieren und dem Ausräumen von Vorbehalten weiter vorangebracht werden. Zu den Zielgruppen gehören dabei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Berufsrückkehrerinnen und Menschen mit Behinderungen.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:



- Die Förderung sozialen und werteorientierten Handelns ist in den Lehrplänen der Schulen fest verankert.
- Die Lehrkräfte sorgen schon jetzt mit großem Engagement dafür, dass Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte gefördert und wertgeschätzt werden, dass kulturelle Differenzen verstanden und überwunden werden. Dies geschieht auch durch die Förderung der Ausbildung behinderter Menschen im Rahmen von unterschiedlichen Programmen und Projekten, wie z. B. dem Landesprogramm „Integration unternehmen!“, dem Programm zur Integration von (schwer-) behinderten Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt, dem Programm „Teilhabe für alle“ und dem Modellprojekt „wir sehen weiter“.
- Das ressortübergreifende Programm „Teilhabe für alle“ verdeutlicht mit seinen Handlungsschwerpunkten Arbeit, Bildung und Familie, Wohnen und Abbau von Barrieren den Anspruch der Landesregierung, Menschen mit Behinderung als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft in den Blick zu nehmen.
- Die Förderung von Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen geschieht im Rahmen von unterschiedlichen Programmen und Projekten, wie z. B. dem Landesprogramm „Integration unternehmen!“ zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen, der Aktion „100 zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche und junge Erwachsene in Nordrhein-Westfalen“, dem Programm zur Integration von (schwer-)behinderten Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt.
- Individuelle Lebensgestaltung und Politik stehen in einem Wechselverhältnis, das es neu auf einander abzustimmen gilt. Das schließt die Frage individueller Werthaltungen und allgemeiner, für alle verbindliche Normen ein. Einen solchen Dialog zu unterstützen, mit der nachwachsenden Generation ist eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Bildung. Die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen geht hier neue Wege, wie beispielsweise das Projekt „14plus“ der Landeszentrale für politische Bildung und Handwerkskammer Münster zeigt. Unterstützt werden Schülerinnen und Schüler an Schulen mit sehr hohen Anteilen junger Menschen aus Zuwanderungsfamilien, ihren Platz in der Gesellschaft und im Berufsleben zu finden.

Respekt und Wertschätzung bilden die Voraussetzung für ein vorurteilsfreies gesellschaftliches Zusammenleben. Darunter fällt die Bereitschaft zur Integration von Menschen mit Behinderungen. Dazu gehört die Aufnahme von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Das beinhaltet auch die Motivation zur Mitarbeit an den gesellschaftlichen Aufgaben. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Mit der Stabilisierung und der in 2009 erfolgten Aufstockung der Förderung um rd. 5 Mio. € auf 80 Mio. € des Kinder- und Jugendförderplans des Landes Nordrhein-Westfalen wird ein weiteres Signal für eine starke Kinder- und Jugendpolitik gesetzt.
- Über die Aktivitäten in der politischen Bildung wird insbesondere die junge Generation mit Themen zur politischen Partizipation und Verantwortungsbewusstsein für das gesellschaftliche Ganze herangeführt.
- Flexible Angebote für Erziehung und Bildung bei gleichzeitiger Gewährung individueller Förderung und sozialer Integration werden mehr denn je wichtige Instrumente für die Erschließung von Chancen.
- Die Beschäftigungsquote behinderter Menschen muss einhergehend mit der Steigerung des Qualifikationsniveaus behinderter Menschen erhöht werden. Neue Strukturen für behinderte Menschen im Alter sind zu schaffen, um ihnen ein Leben nach der Arbeitsphase in der vertrauten Umgebung zu ermöglichen.

D Wohlstand bewahren

13. Wirtschaftskraft langfristig stärken, Wirtschaftskrise überwinden

Die globale Finanzmarkt- und Vertrauenskrise trifft die Realwirtschaft Deutschlands und Nordrhein-Westfalens mit großer Wucht. Die engen Verflechtungen mit der Weltwirtschaft haben nicht nur Wachstum und Arbeitsplätze im Aufschwung geschaffen, sie wirken auch in der Rezession. Der Staat kann derartige Krisen nicht verhindern. Er kann allerdings seinen Beitrag leisten, um die Ausschläge zu dämpfen. Deshalb wurden zunächst international abgestimmte Maßnahmenpakete zur Sta-



bilisierung der Finanzmärkte ergriffen. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und seine Entstehung in einem beispiellosen Kraftakt haben historische Dimensionen. Der Staat engagiert sich mit dem „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)“ mit hohem finanziellem Einsatz an der Bekämpfung der Krise. Mit den Konjunkturprogrammen I und II leistet er einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zur Stärkung von Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland.

Die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise ist eine Bewährungsprobe der Marktwirtschaft – nicht ihr Ende. Die Welt hat aus zurückliegenden Krisen gelernt, das wird sie auch jetzt tun. Diese Lernfähigkeit war und ist die Stärke eines freiheitlichen Wirtschaftssystems. Die aktuell ergriffenen Maßnahmen des Bundes und des Landes sind so ausgestaltet, dass sie langfristig sinnvoll und tragfähig sind. Durch nachhaltige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in Bildung, Qualifizierung und Ressourceneffizienz verbessern sie die Grundlagen für einen mittel- und langfristig höheren Wachstumspfad. Die aktuellen Entwicklungen lassen die absehbaren Folgen des demografischen Wandels für die Wirtschaft in den Hintergrund treten. Gleichwohl bleiben diese Herausforderungen und Chancen. Denn durch den demografischen Wandel verändern sich die Bedingungen, unter denen die Wirtschaftsleistung in Zukunft erarbeitet wird. Besondere Bedeutung kommt dabei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu. Ihre Erhöhung kann den Rückgang der Erwerbstätigenzahl abmildern oder sogar kompensieren. Voraussetzungen sind vermehrte Anstrengungen in Bildung, Qualifizierung, Arbeitsgestaltung und Gesundheit sowie Investitionen in Sachkapital, Forschung und Entwicklung.

In einer alternden Gesellschaft werden sich zahlreiche Branchen auf ein geändertes Nachfrageverhalten einstellen müssen. Das betrifft unter anderem die Wohnungs- und Gesundheitswirtschaft, die Nachfrage nach Bildung und Kultur, die Anforderungen an Mobilität und Sicherheit, die Kleidung und Mode, haushaltsnahe Dienstleistungen und demografiesensible Finanzdienstleistungen. Auch in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wird es Anpassungen geben müssen.

Für die Wirtschaft hat die Zielgruppe der über 50-jährigen erhebliche Potenziale für neue Produkte und Dienstleistungen mit Wachstumsperspektiven – zum Beispiel in den Bereichen

- E-Health,
- Smart Home / altersgerechtes Wohnen
- und Mobilität.

Die Nutzung der neuen Medien kann zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels für Unternehmen beitragen, die zunehmend vom Fachkräftemangel bedroht sind. Die neuen Medien können noch stärker als bislang zu Zwecken des Wissenstransfers und der Wissensdokumentation oder durch erweiterte Angebote zur Telearbeit oder die Vermittlung von Medienkompetenz eingesetzt werden.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Die Landesregierung beteiligt sich an den Bundesprogrammen zur Stärkung der Wirtschaft (u. a. dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz und den beiden Konjunkturprogrammen), die zu erheblichen Mindereinnahmen und Mehrausgaben im Landeshaushalt führen. Gleichzeitig setzt Nordrhein-Westfalen eigene Schwerpunkte zur Förderung der Wirtschaft, in dem die Investitionsausgaben im Landeshaushalt gesteigert werden und der Bürgerschaftsrahmen auf 1,5 Mrd. Euro deutlich erhöht wird.
- Mit der zügigen und unbürokratischen Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes (als Teil des Konjunkturpakets II) hat die Landesregierung dafür gesorgt, dass die Mittel in Höhe von rund 2,84 Milliarden Euro schnell konjunkturwirksam werden können. Mit diesen zusätzlichen Investitionen der öffentlichen Hand in den Jahren 2009 und 2010 für Bildungsinfrastruktur und Infrastruktur werden langfristige Herausforderungen in den Blick genommen und die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum verbessert, damit das Land gestärkt aus der Krise hervorgeht.
- Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung bildet den Rahmen für eigenverantwortliches Handeln, stärkt Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Im Zentrum der Aktivitäten steht der Mittelstand als das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.



- Mit der Clusterpolitik fördert die Landesregierung wirtschaftliches Wachstum und den Wandel der Wirtschaft zu einer kreativen Ökonomie. Ziel der kreativen Ökonomie ist, aus den globalen Megatrends der Zukunft wie Mobilität, Technologisierung, demographische Entwicklung, Klimawandel, etc. Ideen für intelligente Produkte und neue, komplexe Lösungen abzuleiten.
- Die Energiepolitik setzt auf eine nachhaltige, wirtschaftliche und klimafreundliche Energieversorgung.

Die Soziale Marktwirtschaft wird die Bewährungsprobe bestehen und dazu beitragen, dass Nordrhein-Westfalen gestärkt aus der Krise hervorgeht. Sie bleibt auch in Zukunft die Grundlage des Wirtschaftens. Wissen und Kreativität sind die entscheidenden Rohstoffe. Die Bedeutung von Qualifizierung und lebenslangem Lernen wächst. Mit Blick auf die absehbaren Trends in der Bevölkerungsentwicklung müssen Angebote in diesen Bereichen noch effizienter genutzt werden. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Die weitere Stärkung und der Transfer der kreativen Potenziale insbesondere im Mittelstand: Kaum ein Unternehmen wird in der Zukunft in der Lage sein, das erforderliche Wissen für die Beständigkeit und Erneuerung seiner Produkte vollständig selbst zu generieren.
- Die weitere Verbesserung der Qualifizierung und der Beschäftigungsfähigkeit insgesamt: Qualifizierung beginnt bei der Erstausbildung und umfasst den Ausbau und die Intensivierung der berufsbegleitenden Qualifizierung und des lebenslangen Lernens. Sie erfordert zudem die stärkere Einbeziehung der Universitäten und sonstigen Hochschulen in die Weiterbildung. Beschäftigungsfähigkeit umfasst darüber hinaus innovative Arbeitsformen und ein systematisches Fördern der Gesundheit.
- Die bessere Ausschöpfung des Erwerbstätigenpotenzials durch eine schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen: Diesen Zielen dienen die Verkürzung von Ausbildungszeiten, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung sowie von Beruf und Pflege.

- Die Steigerung der Attraktivität Nordrhein-Westfalens als Wohn- und Arbeitsort: Nordrhein-Westfalen steht im nationalen und internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe.

14. Beschäftigung steigern, Innovationen entwickeln

Nordrhein-Westfalen ist das wirtschaftsstärkste Land der Bundesrepublik Deutschland. Hier sind modernste Industrie- und Technologiekonzerne zu Hause, global agierende Großunternehmen und ein leistungsfähiger Mittelstand – gerade auch in der Hoch- und Spitzentechnologie. Vor allem die enge Verflechtung von Produktion und Dienstleistung ist der Motor für Wirtschaftswachstum. Schon heute hat eine wachsende Zahl von Unternehmen Schwierigkeiten, ihre offenen Stellen mit geeigneten Fach- und Führungskräften zu besetzen. Dies gefährdet sowohl Produktivität als auch Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Zur Sicherung, Festigung und Fortentwicklung seiner starken wirtschaftlichen Position muss Nordrhein-Westfalen auch zukünftig auf Innovationen, auf modernste Technologien, auf Produktivitätssteigerungen und auf kompetente und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen. Dabei kann die Nutzung neuer Technologien nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit sichern, sie ist auch die Voraussetzung für die Lösung drängender Umwelt- und Ressourcenprobleme. Produktivitätssteigerungen bleiben auch zukünftig eine Grundvoraussetzung, um das Wohlstandsniveau auch bei einer sinkenden Zahl der Erwerbstätigen zu halten und weiter auszubauen. Dazu wird es, gerade vor dem Hintergrund des ansteigenden Durchschnittsalters der Erwerbstätigen und den insgesamt rückläufigen Bevölkerungszahlen nötig werden, dem bereits gegenwärtig in einigen Branchen vorherrschenden Mangel an Nachwuchskräften weiter entgegenzuwirken und die Potenziale aller gesellschaftlichen Gruppen voll auszuschöpfen. Dieser Herausforderung müssen sich Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Unternehmen und Beschäftigte zukünftig stellen. Dabei werden die quantitative und strukturelle Verbesserung der Frauenerwerbstätigkeit und der Verbleib der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Beschäftigungssystem besondere Bedeutung gewinnen.



Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Die Wirtschaftspolitik des Landes ist am Leitbild der „Kreativen Ökonomie“ mit dem Ziel der Förderung des Zusammenspiels der unterschiedlichen Akteure ausgerichtet. Mit neuen Clustern und Förderwettbewerben werden optimale Bedingungen für einen schnellen Wissenstransfer und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen.
- Gemeinsam wurde mit den Sozialpartnern die Initiative „Hohe Wettbewerbs-, Innovations- und Beschäftigungsfähigkeit mit älter werdenden Belegschaften“ aufgelegt, um im Unternehmensmanagement und in den Belegschaften die gesellschaftlichen Veränderungen im demografischen Wandel in den Blickpunkt zu rücken.
- Zur Förderung von Innovationen wird in dem Wettbewerb „patente Erfinder“ einmal jährlich nach besonders zündenden, marktnahen Ideen aus nordrhein-westfälischen Hochschulen gesucht.
- Den Transfer stärkt insbesondere auch die InnovationsAllianz als bundesweit größter Transferverbund. Darin arbeiten 24 nordrhein-westfälische Hochschulen gemeinsam daran, Wissenschaft und Wirtschaft einander näher zu bringen.
- Förderung der Beschäftigungsfähigkeit durch Potentialberatung (Hilfestellung bei betrieblichen Veränderungsprozessen für insbesondere kleine und mittlere Unternehmen), Bildungsschecks (Aktive Unterstützung der Weiterbildungsbereitschaft von Betrieben und Beschäftigten) und Demografieberatung.
- Die Landesregierung schafft in den kommenden Jahren 11.000 neue Studienplätze an Fachhochschulen. Dafür gründet das Land drei neue Fachhochschulen mit jeweils 2.500 Studienplätzen und baut acht bestehende Fachhochschulen aus. Die neuen Studienplätze werden hauptsächlich in den so genannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) geschaffen. Darüber hinaus wird in Bochum ein neuer Gesundheitscampus errichtet. Dessen Herzstück bildet die neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe mit rund 1.000 Studienplätzen.
- Gemeinsam mit dem Westdeutschen Handwerkskammertag wird ein Kooperationsprojekt „Fit für 2025 – Herausforderungen des demografischen Wandels

meistern“ durchgeführt. In verschiedenen Handwerksbranchen werden die konkreten Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Betriebe und Beschäftigte untersucht.

- Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds fördert das Land zusammen mit der EU zahlreiche Modellprojekte, in denen neue Wege zu einer demografiefesten Personal- und Unternehmenspolitik erprobt und in die Fläche transferiert werden (www.arbeit-demografie.nrw.de).

Sicherung und Fortentwicklung von Wohlstand können nur dann erreicht werden, wenn gleichzeitig in mehreren Politikfeldern angesetzt und ein allgemeiner Mentalitätswandel vollzogen wird. Hierzu sind gemeinsame Anstrengungen in den Feldern Bildung, Gesundheit und Arbeit notwendig. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Aktivitäten im Hinblick auf die Entwicklung neuer Führungsmodelle und Arbeitskonzepte für Beschäftigte mit Kindern und für multi-ethnische Belegschaften, die Erhöhung der Weiterbildungsquote aller Altersgruppen und die Verbreitung betrieblicher und privater Gesundheitsförderung werden mehr denn je unternehmenspolitische Handlungsfelder sein.
- Die Überschreitung technischer und sektoraler Grenzen wird ein Gebot der zukünftigen Wirtschaftspolitik, um auch neue bisher unbekannte Partner zum Wissensaustausch anzuregen. Kreative Ideen und Innovationen schaffen es so schneller zur Marktreife und sichern Wettbewerbsvorteile.
- Um ein günstiges Umfeld für Innovationen zu schaffen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu stützen, wird die Entwicklung von neuen Clustern in Branchen und in Technologien mit hohem Wachstums- und Innovationspotenzial ein prioritärer Schwerpunkt. Mit der Clusterpolitik wird Nordrhein-Westfalen zu einem Spitzenstandort für Innovationen ausgebaut. Damit wird zugleich ein Beitrag zur Entwicklung des sog. „Lissabon-Prozesses“ geleistet, der zum Ziel hat, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.



15. Forschung unterstützen, Wissensebenen bilden und binden

Für eine leistungsfähige Gesellschaft ist es notwendig, Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten zu fördern bzw. zu beschäftigen und damit Aufstieg zu unterstützen. Zur Wahrung des gesellschaftlichen Wohlstandes braucht Nordrhein-Westfalen auch gut ausgebildete Wissensebenen. Ein positives Bekenntnis zu Leistung und zur Förderung von Eliten findet dabei nicht auf Kosten der Gesellschaft statt, sondern zu ihrem Nutzen. Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht leisten, auf dieses Potential zu verzichten. Denn Arbeitsplätze von Morgen entstehen vor allem dort, wo Forschung und Entwicklung neues Wissen hervorbringen und wo Unternehmen dieses Wissen in neue Produkte und Verfahren umsetzen. In diesem Sinne ist Nordrhein-Westfalen bereits ein „rohstoffreiches“ Land. Ideen in Form von Erfindungen und Patenten bieten die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen schon heute auf einem hohen Niveau.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen gehört zu den Grundpfeilern einer erfolgreichen Wissenschafts- und Innovationspolitik. Weltweit fehlen zunehmend wissenschaftlich ausgebildete Fach- und Führungskräfte, gleichzeitig sind die Menschen heute mobiler als je zuvor und suchen weltweit nach den besten Ausbildungsmöglichkeiten. Der demografische Wandel und der globale Wettbewerb, der weiter steigende Anforderungen an die Qualifikation und Motivation der Beschäftigten nach sich zieht, werden diesen Trend verstärken. Die zukünftigen Schlüsselfragen werden die Fragen danach sein, wie es möglich sein wird, Wissensebenen zu binden, zurückzuholen bzw. zu gewinnen, damit diese in der Folge im Land oder mit ihm und seinen wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen vernetzt bleiben. Eine zweite Schlüsselfrage ist, wie es gelingt, mehr Frauen in Wissenschaft und Forschung einzubinden.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Aufgrund der geschaffenen neuen Rahmenbedingungen, wie z. B. der größeren Autonomie durch das

Hochschulfreiheitsgesetz, der Stärkung der Lehre aus den Einnahmen der Studienbeiträge und Betreuungsgebühren sowie der rechtlichen Möglichkeit, insbesondere ausländische Studierende selbst auszuwählen, sind die Hochschulen in der Lage, ihre Verantwortung gegenüber den Studierenden durch geeignete Maßnahmen und Angebote anzunehmen und umzusetzen.

- Mit allen Hochschulen sind Ziel- und Leistungsvereinbarungen getroffen worden, in denen konkrete Ziele und Maßnahmen auf den Gebieten Forschung und Lehre, Wissenstransfer, Gleichstellung aber auch Ausländerstudium und Internationalisierung vereinbart wurden.
- Mit der zunehmenden Anzahl an englischsprachigen Studiengängen sowie der zügigen Umstellung der Studiengänge auf das Bachelor- und Mastersystem hat sich die Attraktivität nordrhein-westfälischer Hochschulen im Ausland bereits deutlich gesteigert. Durch die neuen Stipendienprogramme wird dieser Prozess deutlich verstärkt. Die nordrhein-westfälische Initiative für den Aufbau eines Stipendienprogramms zielt darauf ab, den Anteil der Studierenden, die ein Stipendium erhalten, bundesweit schrittweise auf 10 Prozent zu erhöhen. An den nordrhein-westfälischen Hochschulen wird bereits seit dem Wintersemester 2009/2010 eine erste Kohorte von 1.400 Studienanfängerinnen und Studienanfängern sowie Studierenden gefördert. Der erfolgreiche Start des nordrhein-westfälischen Stipendienprogramms bestätigt den Modellcharakter dieser Initiative, die nun als Vorbild für den Aufbau eines bundesweiten Stipendienprogramms dient.
- Jährlich werden mit dem Wettbewerb „patente Erfinder“ gemeinsam mit dem „Patentverbund der NRW Hochschulen“ Erfindergeist gefördert und der Transfer von Wissenschaft in die Praxis unterstützt.
- Das „Programm zur Förderung der Rückkehr des wissenschaftlichen Spitzennachwuchses aus dem Ausland“ des Landes Nordrhein-Westfalen bietet hervorragenden Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern im Ausland die Chance, eine selbstständige Nachwuchsgruppe an einer nordrhein-westfälischen Universität ihrer Wahl aufzubauen.
- Die Landesregierung investiert ab dem Jahr 2009 bis zum Ende des Jahres 2015 insgesamt fünf Milliarden



Euro in die Modernisierung und Sanierung der Hochschulen. Diese Mittel verteilen sich auf Neubauten an Hochschulen, Baumaßnahmen an Universitätskliniken sowie Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Hochschulbauten. Für das letztgenannte Hochschulmodernisierungsprogramm 1. Stufe werden Mittel in Höhe von zwei Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt. Es ist beabsichtigt, weitere notwendige Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen mit einem Volumen von bis zu drei Milliarden Euro im Rahmen einer zweiten Modernisierungsstufe zwischen 2016 und 2020 zu finanzieren, so dass bis Ende 2020 insgesamt bis zu acht Milliarden Euro investiert werden sollen.

Wissen und Ideen müssen zur nachhaltigen Zukunftsgestaltung und Wohlstandsicherung gefördert und erschlossen werden. Die Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen ist in diesem Kontext unverzichtbare Grundlage. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Durch gute Bildung, attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, durch ein starkes Forschungs- und Entwicklungsumfeld sollen mit der Science-to-Business Strategie und Auszeichnungen die besten Köpfe für Nordrhein-Westfalen gewonnen werden. Ziel ist, dass die Leistung innovativer Menschen mehr Aufmerksamkeit und mehr Anerkennung findet.
- Die nordrhein-westfälische Initiative für den Aufbau eines Stipendienprogramms zielt darauf ab, den Anteil der Studierenden, die ein Stipendium erhalten, schrittweise auf 10 % zu erhöhen.
- Mit zwei neuen Stipendienprogrammen soll die Sicherung des Studienerfolgs und der Förderung des Studienzugangs ausländischer Studierender für die Universitäten und die Fachhochschulen in der Trägerschaft des Landes unterstützt werden.

16. Ressourcen schonen, Umwelt schützen

Der effiziente und verantwortungsvolle Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen ist Grundvor-

aussetzung für die nachhaltige Entwicklung moderner Gesellschaften. Form und Inhalt der landespolitischen Bestrebungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt. In der Vergangenheit ging es insbesondere darum, Umweltstandards zu setzen und einen Mindestschutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit herzustellen. Heute stehen vor allem eine Steigerung der wirtschaftlichen und ökologischen Effizienz der Produktionsprozesse, Produkte und Dienstleistungen in einem kooperativen Prozess zwischen Staat und Wirtschaft im Zentrum. Viele Unternehmen haben bereits heute intensive Anstrengungen unternommen, ihre Ressourceneffizienz zu steigern. Gerade auch eine nachhaltige Flächenplanung und -entwicklung gehört zu einem ressourcenschonenden und die Umwelt schützenden Handeln.

Eine insgesamt sinkende Einwohnerzahl und ein tendenziell geringerer Anteil von Erwerbstätigen an der Bevölkerung muss zukünftig weiterhin ein Netz an öffentlichen Infrastruktureinrichtungen wie Verkehrserschließungen, Wasserversorgungsnetzen, Kanalnetzen etc. unterhalten. Beispielsweise ist selbst bei konstantem Wasserverbrauch pro Kopf und Tag angesichts der demografischen Entwicklung zu erwarten, dass die Nachfrage nach Trinkwasser sinken wird. Die langlebigen Infrastruktureinrichtungen sowohl in der Wasserversorgung als auch in der Abwasserwirtschaft werden sich in Zukunft teilweise als überdimensioniert erweisen. Ein Großteil der Kosten für Abwasserbeseitigung und Trinkwasserversorgung resultieren aber aus Fixkosten wie z. B. Leitungsnetzen, die zukünftig sowohl auf eine geringere Wassermenge als auch auf eine geringere Zahl von Einwohnern zu verteilen sein werden und damit eine höhere Belastung für den Einzelnen verursachen werden. Ein ähnliches Bild ist bei der Abfallentsorgung zu erwarten, da sich die Siedlungsabfallmengen weiter dem bisherigen Trend entsprechend verringern werden. Damit sind für die Einwohnerinnen und Einwohner im Lande langfristig höhere Gebühren für die Abfallbeseitigung zu erwarten.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:



- Mit der „Effizienz-Agentur NRW“ erhalten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen Unterstützung bei der Einführung von ressourceneffizienten Wirtschaftsweisen und produktionsintegriertem Umweltschutz.
- Mit der „Allianz für die Fläche in Nordrhein-Westfalen“ sollen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, um mit deutlich geringerem Flächenverbrauch mehr für Entwicklung und Aufschwung in Nordrhein-Westfalen zu erreichen. Im Trägerkreis arbeiten 32 Institutionen (Verwaltung, Kammern, Kommunen, Verbände, Wirtschaft) fachübergreifend und dialogorientiert zusammen.
- Der Klimawandel ist ein weltweites Problem – Art und Ausmaß der Klimaänderungen zeigen sich aber regional und teilweise sogar lokal sehr unterschiedlich. Soweit bekannt, ist Nordrhein-Westfalen das erste Land, das auf der Basis kleinräumiger Klimaprojektionen eine umfassende Anpassungsstrategie mit Maßnahmenempfehlungen erarbeitet hat. Dabei war auch der Innovationsfonds hilfreich, aus dem 10 Mio. Euro für das Thema Anpassung an den Klimawandel bereitgestellt wurden.

Für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung unserer Gesellschaft ist die Sicherstellung eines effizienten und verantwortungsvollen Umgangs mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen in Nordrhein-Westfalen eine landespolitische Aufgabe ohne Alternative. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Gemeinsam mit den Kommunen muss auf die Verminderung der Flächeninanspruchnahme und auf eine intensive Verwendung bereits genutzter oder ehemals genutzter Flächen für Wohnen, Arbeit oder Verkehr hingearbeitet werden. Die Entwicklung geeigneter Management- und Monitoringsysteme zählen daher zu den bedeutendsten Zukunftsaufgaben in diesem Bereich.
- Neue Technologien sind hinsichtlich ihrer Chancen für die Ressourceneffizienz zu berücksichtigen. Beispielsweise sind mit der Nanotechnologie ökologische Chancen durch ressourceneffiziente Produktionen und Produkte sowie mit neuen und optimierten Umwelttechnologien, z. B. in der Wasserreinigung

und Analytik, verbunden. Der weiterhin bestehende Forschungsbedarf, insbesondere im Hinblick auf die Risiken für Mensch und Umwelt, ist parallel zu berücksichtigen.

- Vor dem Hintergrund der stagnierenden Nachfrage nach Trinkwasser und der Verringerung der Siedlungsabfallmengen sind Anpassungen in der Abwasser- und Abfallwirtschaft erforderlich, um den zu erwartenden Gebührensteigerungen entgegenzuwirken. Dabei sind sowohl vorhandene Rationalisierungspotenziale als auch neue Marktchancen zu erschließen.

17. Verschuldung beenden, Staatseinnahmen sichern

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen hat auch mit Blick auf den demografischen Wandel höchste Priorität für die Gestaltung unserer Zukunft. Die Handlungsspielräume sind durch die Belastungen der Vergangenheit extrem eingeschränkt. Derzeit muss rund jeder achte Steuereuro zur Bedienung der Schuldenlast eingesetzt werden, die größtenteils vor 2005 angehäuft wurde. Die mit der Finanzmarkt- und Konjunkturkrise einhergehenden drastisch sinkenden Steuereinnahmen verringern die öffentlichen Handlungsspielräume zusätzlich. Auch der demografische Wandel wird die angespannte haushaltswirtschaftliche Situation des Landes weiter verschärfen: Das Wachstum der Steuereinnahmen wird sich in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft gemäß allen vorliegenden Prognosen deutlich verlangsamen, bei gleichzeitig steigenden Versorgungsausgaben.

Die nachhaltige Konsolidierung des Haushalts und die Reduzierung der (Neu-) Verschuldung sind und bleiben deshalb finanzpolitisches Kernziel der Landesregierung. Der Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen summiert sich Ende 2009 auf etwa 122 Mrd. Euro. Verteilt auf die rund 17,9 Mio. Einwohner errechnet sich daraus eine Pro-Kopf-Verschuldung von fast 6.800 Euro. Vor dem Hintergrund einer sinkenden Bevölkerungszahl muss daher, um nur die Pro-Kopf-Verschuldung konstant zu halten, ein Abbau der Staatsverschuldung erfolgen. Das bedeutet mit Blick auf die demografische Entwicklung im Klartext: Es müssen Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet werden. Einnahmeseitig wird demografiebe-



dingt kein zusätzlicher finanzieller Handlungsspielraum zu erwarten sein, so dass der bereits eingeschlagene Sparkurs konsequent fortgeführt werden muss. Dies bedeutet auch in Zukunft weitere schmerzhaft, aber zwingend notwendige Einschnitte auf der Ausgabenseite. Hierzu bedarf es neben einer strikten Aufgabenkritik auch der Neujustierung zwischen staatlicher Aufgabewahrnehmung und privatem Engagement sowie eine Verschiebung hin zu mehr Eigenverantwortung des Einzelnen und einzelner gesellschaftlicher Gruppen. Die Konjunkturkrise verschärft das Problem der Haushaltskonsolidierung und der Notwendigkeit, Vorsorge für den demografischen Wandel zu treffen, drastisch.

Vor dem Hintergrund des Konjunktureenbruchs hat die Landesregierung entschieden, die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen ebenso wenig wie die aufgrund von Steuerrechtsänderungen im Rahmen des Konjunkturprogramms entstehenden Steuermindereinnahmen durch zusätzliche Einsparungen gegen zu finanzieren. Auch die Mehrausgaben für das Konjunkturprogramm der Bundesregierung werden nicht an anderer Stelle kompensiert, da ansonsten die Ziele des Konjunkturprogramms konterkariert würden. Einsparungen auf der Ausgabenseite würden in diesem Fall die Nachfrage schwächen und die damit erhofften konjunkturellen Wirkungen verpuffen lassen. Insofern ist ein Anstieg der geplanten Nettoneuverschuldung des Landes (gem. Haushaltsplan 2009 auf fast 6 Mrd. Euro) ohne Alternative, weil durch die weltweite Krise das gesamtstaatliche Gleichgewicht gestört ist. Für das Gesamtjahr 2009 beläuft sich der Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts auf etwa 5%. Die Bundesrepublik Deutschland und auch das Land Nordrhein-Westfalen bewältigen derzeit die schwerste Konjunktur- und Wachstumskrise seit dem 2. Weltkrieg. Dies macht die Erhöhung der Nettoneuverschuldung im geschilderten Umfang unumgänglich. Die Landesregierung handelt mit den jetzt ergriffenen Maßnahmen der besonderen wirtschaftlichen Situation angemessen und verantwortungsbewusst. Für die folgenden Jahre bedeutet dies jedoch: Es gibt keine Spielräume für neue Begehrlichkeiten und Wünsche; die in der Konjunkturkrise unvermeidliche Erhöhung der Neuverschuldung muss in den Folgejahren wieder zurückgeführt werden und die daraus resultierenden Schulden getilgt werden.

Beispielhaft für die bisherigen Aktivitäten dieser Landesregierung stehen:

- Der strenge Sanierungskurs der Landesregierung hat die Neuverschuldung bis 2008 schrittweise von 6,7 Mrd. € in 2005 auf 1,1 Mrd. €, also um 83%, reduziert. Das ist der niedrigste Stand seit über 30 Jahren. Gleichzeitig wurde alleine 2008 eine Risikovorsorge in Höhe von rd. 1,3 Mrd. Euro durch Zuweisungen an die Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“ und „Abrechnung Finanzmarktstabilisierungsfonds“ aufgebaut. Ohne diese Risikovorsorge der Landesregierung hätte der Haushalt 2008 sogar mit einem Überschuss in Höhe von 164 Mio. Euro abgeschlossen, erstmals seit dem Jahr 1973.
- Der Konsolidierungskurs der Landesregierung in den letzten Jahren zahlt sich nun aus. Er verhindert, dass die Neuverschuldung förmlich explodiert. Deshalb hält die Landesregierung an ihrem Kurs der strukturellen Haushaltskonsolidierung fest. Trotz Konjunkturkrise und dadurch bedingtem temporär deutlichen Anstieg der Neuverschuldung. Und weil dieser haushaltspolitische Kurs richtig ist, hat sie sich im Rahmen der Föderalismuskommission II auch mit Nachdruck für die Einführung einer Schuldenbremse im Grundgesetz eingesetzt.
- Beim Personalhaushalt – dem größten Ausgabenblock im Landeshaushalt – sind bereits verschiedene Maßnahmen umgesetzt worden, die den Haushalt dauerhaft entlasten, z. B. Absenkung des Weihnachtsgeldes, Streichung des Urlaubsgeldes, Erhöhung der Arbeitszeit. Der mit dem Landesamt für Personaleinsatzmanagement seit 2007 forcierte Stellenabbau wird konsequent fortgesetzt. Am Ende der Legislaturperiode wird die Landesregierung 14.305 Stellen abgebaut haben, insbesondere durch die Realisierung von kw-Vermerken. Dem stehen Stellenzugänge in Höhe von 11.889 gegenüber – davon allein 9.134 neue Lehrerstellen – sodass die Stellenzahl im Saldo um 2.416 Stellen reduziert wird.
- Die Personalausgaben werden insbesondere durch überproportional ansteigende Versorgungslasten und die ebenfalls steigenden Beihilfeausgaben beeinflusst. Ursächlich hierfür sind die starke Ausweitung des Personalbestandes in den 1960er und 1970er Jahren



und eine glücklicherweise steigende Lebenserwartung. Zur Abmilderung der daraus resultierenden Finanzierungsprobleme wurden mit der „Versorgungsrücklage“ und dem „Versorgungsfonds“ zwei wichtige Instrumente zur Rücklagenbildung für die Beamtenversorgung geschaffen. Diesen Sondervermögen werden Mittel aus dem Landeshaushalt zugeführt, um zukünftige Generationen zu entlasten. Außerdem wurde die gesetzliche Pensionsaltersgrenze in Anlehnung an das Rentenrecht heraufgesetzt.

Die Verschuldung abzubauen und die Staatseinnahmen zu sichern sind zentrale Themen des demografischen Wandels. Vielleicht ist die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung nie dringlicher als in den nächsten Jahren, nicht zuletzt, um die derzeit konjunkturell bedingt steigende Neuverschuldung in den Folgejahren wieder abzubauen. Gleichzeitig bestimmt die finanzielle Situation des Landes NRW auch die Möglichkeiten, die Ursachen des demografischen Wandels positiv zu beeinflussen, die damit verknüpften Gestaltungschancen frühzeitig zu nutzen und die zu erwartenden Probleme zu lösen. Handlungsperspektiven für eine Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel beinhalten vor allem folgende Aspekte:

- Die bisher ergriffenen Vorsorgemaßnahmen zur Finanzierung künftiger Versorgungslasten müssen weiter verstärkt werden, wie dies mit der Sonderzuführung zur Versorgungsrücklage 2007 in Höhe von 925 Millionen Euro geschehen ist.
- Auch die Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“ bzw. „Abrechnung Finanzmarktstabilisierungsfonds“ sind Ausdruck einer Vorsorge für zukünftige Haushaltsrisiken. Sie sind weiterzuführen.
- Generationengerechte Haushaltspolitik bedeutet aber gleichzeitig, dass künftig nicht alles Wünschenswerte realisiert werden kann. Es gilt der Grundsatz: Neue Maßnahmen können nur durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden. Im Sinne einer generationengerechten und an demografischen Belangen orientierten Haushaltspolitik ist es erforderlich, dass die Ressorts die notwendige Finanzierung neuer Maßnahmen bereits im Gesetzgebungsverfahren darlegen.

- Haushaltsentlastungen aufgrund der demografischen Entwicklung müssen grundsätzlich zur Finanzierung demografiebedingter Zusatzlasten und zur weiteren Reduzierung der (Neu-)Verschuldung eingesetzt werden. Dabei muss über die Verwendung in Aussicht stehender Demografiegewinne in einzelnen Ressorts immer auch mit ressortübergreifendem Blick entschieden werden. Es gilt, die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen und durch eine Konsolidierung des Landeshaushaltes frühzeitig Gestaltungsspielräume zu schaffen.

¹ Unter Berücksichtigung von Stellenäquivalenten an den Ersatzschulen sowie realisierten kw-Vermerken u.ä. wurden in der laufenden Legislaturperiode 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.





3. Fit für 2025!

Nordrhein-Westfalen macht sich fit für das Jahr 2025. Die Landesregierung zeigt, dass sie die Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel und damit die Zukunft des Landes gestalten will. Die demografischen Veränderungen werden dann zur gesellschaftlichen Chance, wenn die vorhandenen Potentiale in unserer Gesellschaft voll entfaltet und genutzt werden. Wenn allen Kindern und Jugendlichen, allen Zugewanderten sowie den Menschen in allen Lebensphasen immer wieder Chancen gegeben werden, sich weiterzuentwickeln und sich einzubringen, ihnen immer wieder und immer neue Aufstiegspektiven geboten werden, dann wird das Land den Wandel erfolgreich meistern. Dass die Landesregierung nicht bei Null anfängt, zeigen die vielen Aktivitäten allein aus dieser Legislaturperiode. Dass sie dabei nicht stehen bleiben wird, zeigen die genannten Zukunftsaufgaben. In den 17 Handlungsfeldern wird das breite Spektrum erkennbar, das die Bedeutung, aber auch die Vielfältigkeit der Herausforderung umreißt. Dabei geht es darum, die Themen ressortübergreifend zu benennen, da diese nicht losgelöst voneinander und trennscharf nebeneinander stehen.

Ganz sicher kann die Politik nicht auf alle Sorgen und Nöte der Menschen Antworten bieten. Vieles von dem, was bereits heute unsere Zukunft bestimmt, wie der Klimawandel, die Globalisierung im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, das rasante Anwachsen von Wissen und dessen Weitergabe, die Staatsverschuldung und nicht zuletzt die Folgen des demografischen Wandels, hat seine Ursachen in der Vergangenheit. Lösungen, die früher richtig schienen, würden heute anders angelegt. Nachhaltiges Handeln im Rahmen solider Finanzpolitik ist deshalb für diese Landesregierung Selbstverständlichkeit und Selbstverpflichtung zugleich. Nur so lässt sich eine selbstbestimmte und lebenswerte Zukunft für alle erhalten. Es wird zudem immer wichtiger, die heute jungen Menschen an diesem Prozess aktiv zu beteiligen. Sie müssen ihre Zukunft selbst mitgestalten, sie nicht nur gestalten lassen. Die Landesregierung nimmt diesen Beteiligungsauftrag ernst. Bei der Vorbereitung und Umsetzung der nachfolgenden Maßnahmen wird die aktive Beteiligung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Schlüsselrolle einnehmen.

Die gesellschaftspolitischen Herausforderungen des demografischen Wandels sind nur ressortübergreifend zu bearbeiten. Deswegen wird die Landesregierung zunächst vier Themen aufgreifen, die sich aus den Leitziele und Handlungsfeldern ergeben. Diese Themen werden in der Federführung des MGFFI in Demografieforen bearbeitet und aus diesen Befunden gesellschaftspolitische Handlungsoptionen entwickelt:

1. Soziale Marktwirtschaft im demografischen Wandel

Nicht erst die aktuelle Krise an den Finanzmärkten mit ihren immer stärker spürbar werdenden Auswirkungen auf Wirtschaft, Wohlstand und das Leben der Menschen in einer alternden Gesellschaft stellt neue Anforderungen an das Wirtschaftssystem. Die zentrale Grundlage des deutschen Wohlstandes nach dem zweiten Weltkrieg, die Soziale Marktwirtschaft, wird deshalb der thematische Auftakt der Veranstaltungsreihe sein. Die offene Gesellschaftsordnung gepaart mit der Sozialen Marktwirtschaft bleibt Garant für die Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen und die Solidarität mit jenen, die es aus eigener Leistungsfähigkeit nicht schaffen können. Es geht darum, Aufstiegspektiven und Förderstrukturen zu schaffen, damit allen die Chance gegeben wird, ihre Talente und Möglichkeiten zu entfalten und auszuschöpfen. Die Balance der Grundwerte aus Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ist neu auszuloten. Der Staat muss Freiräume gewähren und schützen. Zur Verwirklichung der Freiheit bedarf es auch des sozialen Ausgleichs. Dort, wo die Kräfte des Einzelnen überfordert sind, müssen die Gemeinschaft und der Staat helfen. Gerechtigkeit wahrt die Würde und Freiheit aller Menschen. Gemeinsam werden MWME, MAGS, MIWFT und MGFFI mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen dieses Thema unter den Vorzeichen des demografischen Wandels aufgreifen. Denn die Fragen nach dem friedlichen Zusammenleben von Arm und Reich, die Frage nach den Grundlagen von individueller Zuversicht hängen unmittelbar damit zusammen, ob die Menschen eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt und eine wirkungsvolle Unterstützung durch die Gemeinschaft haben, wenn diese Chancen nicht greifen.





2. Balance zwischen Wohlfahrtsstaat und Bürgergesellschaft

Das Verhältnis von Staat und Bürgern wird in einer Gesellschaft, die auf die Solidarität aller baut, ein immer wichtigeres Thema. Das Engagement ist ein wesentlicher Bestandteil einer Aufsteigergesellschaft. Die Kommunen entdecken zunehmend das Potential, das im bürgerschaftlichen und freiwilligen Engagement für soziale Aufgaben liegt. Dabei darf dieses Engagement aus Sicht der Bürger nicht zur Ersatzkasse für finanziell schwache kommunale Haushalte werden. Häufig fehlt es aber noch an einer Verständigung über ein abgestimmtes Vorgehen, eine Bündelung und Konzentration dieses Engagements. MAGS, MUNLV und MGFFI werden ein Forum für die Vereine und Verbände, die Wohlfahrtsorganisationen, Kirchen, Unternehmen und Kommunen schaffen zur Verständigung über einen modernen Wohlfahrts-Mix – also über eine neue Balance zwischen Wohlfahrtsstaat und Bürgergesellschaft der Zukunft.

3. Leben im Quartier

Nordrhein-Westfalen hat eine langjährige Tradition, unterstützende Bedingungen dort, wo die Menschen zuhause sind, beispielsweise im Quartier, im Stadtteil oder im Dorf, zu schaffen. Gleichwohl müssen die eingespielten Instrumente der Quartiersentwicklung laufend weiterentwickelt und auf der Grundlage aktueller Erkenntnisse fortgeschrieben werden. Deshalb wird das MGFFI in Kooperation mit den Ressorts MBV, MAGS und MUNLV mit den Kommunen und allen betroffenen Einrichtungen und Gruppen die Diskussion darüber weiterentwickeln, wie sich das Leben in den Quartieren, Stadtteilen oder Dörfern verändert und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um sich an die veränderten Bedingungen anzupassen.

4. „Demografische Rendite“ und Bildungssystem

Die Landesregierung wird prüfen, in welcher Weise das Geld, das durch den Rückgang der Geburten und damit dem Rückgang der Kinderzahlen – oft als „demografische Rendite“ bezeichnet – frei wird, im Bildungs-

system verbleiben kann und welcher Teil zur notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts einzusetzen ist. Gemeinsam mit den Trägern der Kindergärten, den Beteiligten in der beruflichen Bildung, den Bildungsträgern, den Jugendorganisationen und den Hochschulen werden deshalb FM, MSW, MIWFT, MAGS und MGFFI erörtern, wie und wo die freiwerdenden Mittel sinnvoll eingesetzt werden können. Für die Landesregierung gilt das auf dem nationalen Bildungsgipfel im Oktober 2008 zwischen Bund und Ländern verabredete Ziel, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10% des Bruttoinlandsprodukts zu gewährleisten. Damit wird ein wesentlicher Baustein für eine Gesellschaft gelegt, die individuelle Aufstiege systematisch ermöglicht.

Unter Berücksichtigung der Schwerpunktsetzungen der Zukunftskommission „Nordrhein-Westfalen 2025“ und mit Blick auf die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung wird noch in der laufenden Legislaturperiode das Thema „Soziale Marktwirtschaft im demografischen Wandel“ aufgegriffen werden.

Zudem wird in der Federführung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration beginnend mit den genannten Themen ein Demografie-Monitoring aufgebaut. Damit soll ein differenziertes Bild der Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel und der Lebenslagen in Nordrhein-Westfalen gezeichnet werden. Maßgebliche Grundlage sind die verfügbaren Daten des IT.NRW.

Die beschriebenen Aktivitäten bilden den Auftakt für die Gestaltung einer Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel. Zukunft gestalten und den Menschen immer wieder eine Aufstiegsperspektive zu geben ist eine Daueraufgabe. Die Landesregierung wird, wie in den Handlungsfeldern beschrieben, diese Aufgabe mit weiteren Maßnahmen angehen. Das geht aber nicht „von oben“ per Dekret. Politik allein kann das nicht. Nur im Miteinander aller gesellschaftlichen Gruppen können die Herausforderungen des demografischen Wandels nachhaltig gestaltet werden. Es gilt, alle Menschen bei der Aufgabe mitzunehmen, sie und das Land fit zu machen für das Jahr 2025.



IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Deutschland
Tel. 0211 8618 - 50
info@mgffi.nrw.de
www.mgffi.nrw.de

Ansprechpartnerin

Elisabeth Schausten
Referat Generationenpolitik, Demografischer Wandel
Tel. 0211 8618 - 4387

Gestaltung

flowconcept, Agentur für Kommunikation, Detmold

Fotonachweis

S. 29, S. 33, S. 40: © Medienpool Köln / Jörg Lange

Druck

WAZ-Druck GmbH & Co. KG, Duisburg

© 2010/MGFFI 1115

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet: www.mgffi.nrw.de/publikationen

- telefonisch: **Nordrhein-Westfalen** direkt

01803 100110*

* 9 Cent/Minute aus dem dt. Festnetz –

Mobilfunk max. 0,42 €/Minute

Bitte die Veröffentlichungsnummer **1115** angeben.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Stadttor 1, 40219 Düsseldorf

Telefon: 0211 837 - 01

poststelle@stk.nrw.de

www.nrw.de

